



# Wortprotokoll

Der 325. Sitzung vom 9. September 1983

## Resoconto integrale

della seduta n. 325 del 9 settembre 1983

VIII. Legislatur  
VIII Legislatura  
1978 - 1983

CONSIGLIO PROVINCIALE DELL'ALTO ADIGE  
SÜDTIROLER LANDTAG

SE D U T A    325.    S I T Z U N G  
9.9.1983

**INDICE**

Disegno di legge provinciale n. 247/83: "Modifiche all'ordinamento urbanistico provinciale ed alle leggi sull'edilizia agevolata"

**INHALTSANGABE**

Landesgesetzentwurf Nr. 247/83: "Abänderungen des Landesraumordnungsgesetzes und der Gesetze über den geförderten Wohnbau"

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

GIUSEPPE SFONDRINI

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

ORE 10.05 UHR  
(Appello nominale - Namensaufruf)

**PRESIDENTE:** La seduta é aperta.  
Hanno giustificato la loro assenza i consiglieri Gebert-Deeg, Magnago e Oberhauser.

Continuiamo con la trattazione del disegno di legge provinciale n. 247/83: **"Modifiche all'ordinamento urbanistico provinciale ed alle leggi sull'edilizia agevolata"**.

Landesgesetzentwurf Nr. 247/83: **"Abänderungen des Landesraumordnungsgesetzes und der Gesetze über den geförderten Wohnbau"**.

Ha chiesto la parola il consigliere signora Franzelin.

**FRANZELIN-WERTH (Sekretär - SVP):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lange haben wir auf die Behandlung dieses Gesetzentwurfes gewartet, teils hat man nicht mehr daran geglaubt, daß er noch einmal aus der Schublade gezogen wird, wir haben dann gehofft, daß noch vor den Sommerferien dieser Gesetzentwurf, auf den so viele warten, über die Bühne geht, es war nicht mehr der Fall. Nun aber sind wir aufgerufen, diese Abänderungen zum Wohnbaugesetz einer Prüfung zu unterziehen und ihn auch zu genehmigen. Ganz speziell jene, welche am 1. Juni und in der Folge die Kleinsparergesuche eingereicht haben, warten hart auf die Verabschiedung dieses Gesetzes, zumal man einige Punkte dieser Gesetzesmaßnahmen vorweggenommen hat, als Bedingungen hingestellt hat zur Erreichung des Kleinsparerdarlehens und um diese genehmigen zu können braucht es dieses Gesetz.

Ich möchte vorab weiters feststellen, daß es unbedingt notwendig ist, daß auch der deutsche Text, wenn dieses Gesetz veröffentlicht wird, nicht nur sprachlich überprüft wird, sondern auch dem Inhalt nach, da auch der Südtiroler, der deutschsprachige Bürger das Recht hat, sich auf einen Gesetzestext stützen zu können, den er in seiner Muttersprache lesen kann. Leider Gottes wissen wir, daß der italienische Text ausschlaggebend ist, aber wir wissen, daß zwei Drittel der Bevölkerung sich doch am deutschen Text orientieren und es wäre nicht gut, wenn man den Leuten sagen müßte und dies aufgrund auch der Diskussion am Mittwoch in diesem Hohen Hause: Gebt acht! ihr werdet falsch informiert, weil ihr nur den

deutschen Text gelesen habt. Also, ich bitte, nicht nur sprachlich, sondern auch inhaltlich den deutschen Text vor der Veröffentlichung zu überprüfen, denn ich möchte darauf hinweisen, daß beispielsweise im Moment ein Artikel so aussieht, und zwar der Art. 16, welcher sich auf die Sanierung bezieht, der im italienischen Text sicher den Sinn und den Geist des Gesetzgebers wiedergibt, aber im deutschen Text sicher mehr herauskommt als im italienischen. Es sieht so aus, daß dort, ich habe ihn versucht einige Male zu lesen, wo vorgesehen ist, daß nun auch in Zukunft alle drei Einkommenskategorien Verlustbeiträge bekommen können und diese doch im Klartext so ausgerichtet sind, daß man 30, 40 oder 50% des Sanierungsdarlehens erhält. Wie es im deutschen Text des Art. 16 zu lesen ist, scheint es, daß man 50, 40 oder 30% der anerkannten Kosten bis zum Darlehen erhalten kann. Das hieße im Klartext nicht 40 Millionen, wenn es um die 50% geht, sondern wenn der Kostenvoranschlag eine bestimmte Höhe hätte, könnte man auch 82 Millionen bekommen. Also, solche Fehler dürften dann nicht im Text aufscheinen. Ich bitte also um die Kenntnisnahme dieser Intervention.

Auch in den letzten Tagen ist wiederum mehr über das Wohnungsproblem gesprochen worden und immer wieder und auch aufgrund der Statistik, die nun auch vorliegt über die Wohnungszählung, müssen wir feststellen, daß der Bauboom der letzten zehn Jahre, dem mit der Verabschiedung des Landesentwicklungsprogramms Einhalt geboten wurde, nicht imstande war, das Wohnungsproblem in Südtirol zu lösen bzw. genügend verfügbare Wohnungen auf den Markt zu bringen. Obwohl von 1970 bis 1979 wie bekannt 4.040 ha Grund in Südtirol verbaut wurden, erhöhte sich die Anzahl der Wohnungen von 1971 bis 1981 nur um 25.617 Einheiten und die bewohnten Wohnungen haben aber nur um 16.065 zugenommen. Von den 18.014 leerstehenden Wohnungen muß festgestellt werden, daß von diesen 9.552 im gleichen Zeitraum zugenommen haben. Ich habe aus einer Pressemitteilung des Landesrates Benedikter, einem Bericht, den er Anfangs Jänner in den "Dolomiten" veröffentlicht hat, auch entnommen, daß er sagt, daß von diesen 18.000 leerstehenden Wohnungen zirka 3.300 die Bereitschaft bekundet hätten, diese Wohnungen zu verkaufen oder zu vermieten. Wenn man davon ausgeht, daß diese verfügbar wären und wenn man aber davon ausgeht, daß die Anzahl der Familien im genannten Zeitraum, also von 1971 bis 1981 um 16,8% zugenommen haben, die Bevölkerung hingegen aber nur 3,8% und man dies in Zahlen ausgedrückt so darlegen könnte, daß die 129.879 Familien einem Wohnungsangebot von 123.948 verfügbaren und eventuell diese 3.300, wie man gehört hat, gegenüberstehen, so fehlen, wenn man das erste nimmt, 6.000 Wohnungen, wenn man das zweite mit hineinnimmt auf jeden Fall noch 3.000 Wohnungen. Darüberhinaus kann und man möge mir dies korrigieren, wenn ich die Statistik falsch gelesen habe, von diesen verfügbaren Wohnungen sind noch 26.022 überfüllt und 22.600 sanierungsbedürftig, von denen sind zirka 3.000 nicht bewohnt, und wenn man dann zudem noch die Wohnungskündigungen, die sich aufgrund der Möglichkeiten des staatlichen Mietengesetzes in vermehrtem Maße häufen, sowie die geburtenstarken Jahrgänge, die

nun ins heiratsfähige Alter kommen, zusammennimmt, dann muß man wahrlich behaupten, das Wohnungsproblem ist in Südtirol akuter denn je und daß sich die Situation verschlechtert statt verbessert hat. Und dies, obwohl das Land Südtirol seit der Übernahme der vollen Zuständigkeit auf dem Gebiet des sozialen Wohnungsbaues sehr viel getan hat und sich auch die Resultate sehen lassen können. Wir müssen aber trotzdem feststellen, daß es einer noch größeren Anstrengung bedarf, um das Ziel zu erreichen, das wir uns gesteckt haben und das sehr oft eben genannt wird. Ich muß auch feststellen, daß auch der Altbausanierung seit 1978 das Wort geredet wurde und auch das Land, ich erinnere mich, am Ende der letzten Legislaturperiode hatten wir ja auch die Gelegenheit in diesem Hohen Hause, als letztes noch das Landesgesetz Nr. 52 zu diskutieren, wo grundsätzlich darauf Bedacht genommen wurde, die Sanierung in unserem Lande in verstärktem Maße zu finanzieren und auch zu unterstützen. Aber in den Zeiten des wirtschaftlichen Booms hat fast niemand, am wenigsten die Bauunternehmer, davon Notiz genommen und wenn heute und in letzter Zeit immer wieder gerade von den Wirtschaftsverbänden darauf hingewiesen wurde, daß man endlich Anreize schaffen sollte für die Sanierung, damit dort etwas getan werden kann, muß man sagen, sicher ist es richtig, wenn mehr Anreize geboten werden, aber es ist nicht richtig, daß es bisher keine gegeben hat und daß es möglich gewesen ist Beiträge zu bekommen schon seit fünf Jahren. So viel mir bekannt ist, sind im Zehnjahreszeitraum 1.843 Wohnungssanierungen finanziert worden. Aus der Statistik habe ich entnommen, daß aber heute also wesentlich weniger sanierungsbedürftige Wohnungen vorhanden sind, aber vor zehn Jahren und wenn ich die Rechnung mache, dann scheint es, daß zirka 15.500 in diesem Zeitraum saniert wurden. Somit hätte man schon bereits etwas getan, was nicht heißt, daß man nicht noch mehr tun könnte.

Die Arbeitnehmer in der Südtiroler Volkspartei haben immer versucht, gerade der Lösung des Wohnungsproblems ein verstärktes Augenmerk zu schenken, weil wir gewußt haben, daß gerade in diesem Bereich jeder in unserem Lande ein Problem hat bzw. speziell der kleine Mann, der es noch nicht so weit gebracht hat, eine eigene Wohnung zu erreichen und weil das einfach der Wunschtraum eines jeden ist; und weil wir eben wissen, daß, wie das Recht auf Arbeit, auf Bildung, auf soziale Sicherheit, auch das Recht auf eine familiengerechte Wohnung zu den Grundrechten des Menschen gehört, was auch in der italienischen Verfassung verankert ist. Und nicht nur eine Wohnung, sondern auch humane Wohnverhältnisse sind die Voraussetzung für die Entfaltung und Selbstverwirklichung der menschlichen Persönlichkeit und Vorbedingung für ein möglichst konfliktfreies Hineinwachsen des einzelnen in die Gesellschaft. Und wenn wir heute sehr viel über die Probleme reden und auch über die Problemjugend, so glaube ich, daß in diesem Zusammenhang auch darauf hingewiesen werden kann, daß es sicher ein Punkt ist, wenn die jungen Leute ein ordentliches Zuhause haben. Ich weiß, daß es nicht nur die Mauern ausmachen, sondern auch die Atmosphäre zu Hause, dann wird es vielleicht doch weniger Probleme geben. Leichter

ist eine Atmosphäre zu Hause zu haben, wenn auch der Rahmen dazu da ist. Ich kann mir oft gut vorstellen, wenn in einer weiß Gott wie überfüllten Wohnung es dem Ehemann nicht immer behagt zu Hause zu bleiben, wenn alle aufeinander oben sind und daß er dann sehr viel lieber ausbricht, als wenn es ein behagliches Zuhause gibt. Ich glaube, das ist auch in diesem Zusammenhang zu erwähnen.

Wir wissen aber alle, daß die öffentliche Hand das Wohnungsproblem allein nicht lösen kann, sondern wir wissen, daß wir in unserem Gesellschaftsleben sicher nur den Menschen helfen können, das Problem einer optimalen Lösung zuzuführen.

Deshalb ist es das Gebot der Stunde, die gesamte Problematik der Wohnbauförderung in unserem Lande generell zu sehen und es müßte auch einmal versucht werden, vom festgefahrenen Konzept auszubrechen und vielleicht neue und mehr Wege zu beschreiten, um schneller das Ziel zu erreichen, was da heißt: jedem Menschen eine menschenwürdige Wohnung, wenn möglich, und das wäre natürlich das Optimale, jeder Familie eine Eigentumswohnung. Vielleicht klingt das in den Ohren der Kommunisten nicht wie Musik, wenn ich mir die Feststellungen im Minderheitenbericht vergegenwärtige, aber ich bin doch der Meinung, daß wenn wir dem Menschen eine Eigentumswohnung geben, er sehr viel mehr überzeugt ist, daß er weiß, wo er zuhause ist. Deshalb haben wir auch gestern versucht, das Bauspargesetz, das bereits vor den Parlamentswahlen ausgearbeitet war, nun auch der Presse vorzustellen, um auch in diesem Zusammenhang einen Beitrag zu leisten, initiativ zu werden, um eine mögliche Grundlage zu schaffen, mehr und breitgestreutes Eigentum in Südtirol mit weniger Mitteln des Landeshaushaltes zu ermöglichen. Vielleicht gelingt es im Laufe einer Legislatur doch, dieses Mal das Bauspargesetz im römischen Parlament diskutieren zu lassen. Anläufe sind bereits in der vorigen Legislatur von den verschiedensten Parteien genommen worden. Wir waren der Meinung, daß man initiativ werden sollte, vielleicht kommen die anderen noch dazu, daß es doch auch für Italien diese Möglichkeit gibt, die es im deutschsprachigen Raum, aber auch in Frankreich und in anderen Ländern, seit Jahren gibt und gute Dienste geleistet hat.

Wenn man das Wohnbaugesetz, wie es derzeit in Kraft ist, und auch die Abänderungen liest, so wissen wir alle, daß es nur wiederum ein Versuch ist, Korrekturen anzubringen, um einigermaßen der veränderten Situation mit veränderten Maßnahmen zu begegnen. Ich bin aber der Meinung und ich weiß, daß dies im Moment nicht der Fall sein kann, aber es soll doch ins Auge gefaßt werden, vielleicht doch in der kommenden Legislaturperiode einmal den Versuch zu unternehmen, generell den ganzen Bereich Wohnungsbau zu vereinfachen und in einem organischen Gesetz, nicht in einem Sammeltext, sondern in einem organischen Gesetz darzulegen, und einige Bestimmungen sind vielleicht überholt, aber daß man grundsätzlich davon ausgeht, was will man.

Es soll der Nachholbedarf im Wohnungsbau gedeckt werden. Dies nicht nur für den Fehlbedarf im Moment, sondern eben auch für die geburtenstar-

ken Jahrgänge, die nachkommen. Es soll ein Anreiz gegeben werden, gerade durch die Mittel des Wohnungsbaues, damit auch die Jugend wieder einen Sparenanreiz hat. Es soll nur so weit jeder gefördert werden als es notwendig ist, daß er imstande ist das Ziel zu erreichen, indem daß er sich die Eigentumswohnung ermöglichen kann, aber auf der anderen Seite nur so viel bekommt, was er notwendig braucht zu dem was er schon hat oder auch so viel bekommt mit einer solchen Belastung, daß die Familie bei der Abzahlung auch noch zumindest das zum Leben Notwendigste hat. Weiters sollte die öffentliche Hand direkt nur korrigierend eingreifen und Wohnungen bauen und im Eigentum belassen als Familien außerstande sind, selbst eine größere Eigenleistung zu erbringen.

Wir sollten uns die Frage stellen, inwieweit wir mit dem Programm der Südtiroler Volkspartei im Einklang sind, wenn wir von breitgestreutem Eigentum reden und auf der anderen Seite jetzt feststellen müssen, daß das Land der größte Immobilienbesitzer ist und 11.000 Wohnungen in Besitz hat. Wir wissen, daß das Institut für geförderten Wohnbau Wohnungen für den sozial Schwächsten zu errichten hat, aber wir wissen auch alle, daß sich die Situationen der einzelnen Familien im Laufe der Zeit verändern. Das ist gut so. Es ist doch positiv, wenn sich die Leute bemühen weiterzukommen, sich zu verbessern und dann kommt es eben dazu, daß ja nicht unbedingt nur der sozial Schwächste in diesen Wohnungen ist. Wenn alles der gleichen Kategorie angehören würde, hätten wir auch ein Getto. Von daher ist es auch gut, wenn Familien in unterschiedlicher finanzieller Situation zusammen wohnen. Aber wir müssen auch gleichzeitig feststellen, daß Leute, die in Wohnungen der öffentlichen Hand in Miete leben, verwaltete Menschen sind, weil sie keine Verantwortung spüren, keine Verantwortung haben, alles auf die öffentliche Hand abschieben. Es muß leider Gottes festgestellt werden, daß gerade bei den Mietwohnungen am meisten investiert wird, aber daß dort die am wenigsten zufriedenen Familien leben. Also, ich muß immer wieder feststellen, daß so viel Kritik angebracht wird von jenen Familien, denen eigentlich von der öffentlichen Hand aus gut gemeint alles gegeben wurde. Man war gewohnt, daß man für 10.000 bis 20.000 Lire diese Wohnungen bekommt. Man ist jetzt nicht einverstanden, daß man gemessen am Einkommen der Familienmitglieder Miete bezahlen muß, obwohl unterstrichen werden muß, daß dort niemals mehr als der gerechte Mietzins gezahlt werden muß. Es sind die hohen Heizungskosten, die sehr viele in Schwierigkeiten bringen. Warum? Sie wissen, sie können selbst nichts dazutun, es wird ihnen vorgegeben, es wird geheizt, in einem Ort mehr, in einem Ort weniger, zum Schluß bekommen sie die Rechnung und sind unzufrieden. Wenn sie selbst von vorneherein das Heizmaterial kaufen müssen, dann wissen sie, was sie verbrauchen und dann hört man nichts. Hier also ist der Nährboden gegeben, daß sehr viel Unzufriedenheit herrscht. Wir fragen uns also, kann man, ich weiß, daß es nicht heute der Fall ist, aber doch in Zukunft darüber reden, inwieweit es sinnvoll sein könnte, doch einen Teil dieser Institutswohnungen ins Eigentum der Mieter zu übertragen und ich möchte hier ganz klar zum Ausdruck bringen, daß ich

nicht der Meinung bin, daß man in diesem Falle die Wohnungen verschenken sollte, zu einem Billigpreis hergeben, sondern sie effektiv nach dem heute gängigen Marktwert aufgrund des Erhaltungszustandes der jeweiligen Wohnung wenschon verkaufen sollte; ich meine, sie zumindest dann aufgrund dieses Betrages abzahlen sollte, denn es wäre ganz falsch und es würde wieder eine neue Ungerechtigkeit schaffen, wenn man diesen, welche bereits in diesen Wohnungen waren, die Wohnungen schenken würde zu einem ganz niederen Preis; der andere Kleinsparer, der in der gleichen Einkommenskategorie ist, müßte sich auf dem freien Markt am Wohnungsmarkt, am Marktpreis die Wohnung erwerben und würde so wesentlich benachteiligt. Hier müßte man natürlich auch das Ganze sehen.

Ein anderer Punkt ist, daß jetzt eine panische Angst in unserem Lande besteht, weil für das staatliche Mietengesetz nun die Anlaufzeit abgelaufen ist und sehr viele Familien des privaten Mietwohnungsbaues Angst haben, den Kündigungsbrief zu bekommen und auf die Straße gestellt zu werden. Dieser Bereich ist sehr schwierig durch die öffentliche Hand dann zu beeinflussen. Wir wissen, daß wir beim staatlichen Mietengesetz nicht Hand anlegen können, daß wir aber auf der anderen Seite korrigierend einwirken müssen und von daher versuchen müssen, diesen Leuten den Vorzug zu geben. Nun ist mir voll bewußt, daß es hier sehr sehr schwierig ist, die Spreu vom Weizen zu trennen. Auf der einen Seite ist uns bewußt, daß es eigentlich ganz klar sein müßte, daß der erste Bedürftige in irgendeiner Form eine Wohnbauförderung zu erhalten, derjenige ist, der keine Wohnung hat. Auf der anderen Seite wissen wir aber, wenn wir gesetzlich festlegen, daß jeder, der eine Wohnung verlassen muß, von vorneherein eine Berechtigung auf eine Mietwohnung oder einen Beitrag des Landes hat, daß dann auch die Wohnungskündigungen unterstützt werden. Es liegt nicht in unserem Interesse, daß noch mehr Leute auf die Straße gestellt werden und hier sitzt man zwischen zwei Stühlen. Auf der einen Seite müßte man dem effektiv Bedürftigen in dem Sinne helfen, der tatsächlich aufgrund der verschiedensten Maßnahmen auf die Straße gestellt wird, aber auf der anderen Seite nicht diesem Phänomen Vorschub zu leisten. Leider Gottes ist es so, wenn alles im Gesetz festgeschrieben ist, kann man dann auf einzelne Situationen nicht genau spezifisch eingehen. Ich begrüße, daß zumindest in diesem Gesetzentwurf einige Bereiche der Wohnungskündigung zusätzlich zu den bestehenden eingebaut werden, daß zumindest diejenigen, welche aufgrund von Wohnungssanierungen, also wenn der Hausbesitzer die Wohnung saniert und er nicht mehr in die Wohnung zurückkehren kann, auf die Straße gestellt wird, daß er dann vorrangig behandelt wird oder zumindest mit der Punktebewertung berücksichtigt wird. Denn es war bisher einfach nicht einsichtig, daß man einen Menschen, der ein Kündigungsschreiben in der Hand hat, wenn der Hausbesitzer berichtet, er will das Haus abbrechen, weil er saniert, weil er auch unter Umständen zum Beitrag des Landes im Sinne der Konvention zugelassen wird und er deshalb vom Staatsgesetz her das Recht hat, diese Familie auf die Straße zu stellen, und auf der anderen Seite wir keine Möglichkeit haben, diesen Men-



schen zu sagen: Jawohl, Sie haben vorrangig die Möglichkeit, eine Wohnbauhilfe des Landes zu bekommen, bzw. in eine Institutswohnung zu kommen. Sie bekommen für dieses Dekret nicht einmal fünf Punkte. Wenn der dann sagt, wieso hat der den Vorrang, der vorgestern geheiratet hat, bekommt fünf Punkte, nur für dieses Phänomen, daß diese jungen Leute auch eine Wohnung bekommen, ist man ja dafür, aber ich bin mit drei Kindern auf der Straße, bin nicht ich zuerst dran, um eine Wohnung zu bekommen? Und man mußte den Leuten sagen: Es tut mir leid, vom Gesetz her ist es nicht möglich. Das zumindest ist jetzt in diesem Gesetzentwurf mit berücksichtigt, daß entweder jemand wieder in die Wohnung zurückkehren kann oder aber zumindest punktemäßig mitbewertet wird.

In dem Zusammenhang möchte ich noch etwas zur Altbausanierung sagen. Wir bejahen wirklich die Altbausanierung im Sinne, daß neue Arbeitsplätze geschaffen werden, daß das Dorfbild verbessert wird, daß wirklich nicht die Gebiete, die historisch gewachsenen Gebiete, städtebaulich qualitätsvolle Wohnviertel entsiedelt werden, aber es darf nicht dazu kommen, daß man dadurch vergißt, was dem Mieter passiert, der heute drinnen ist. Man muß das einfach als Ganzes sehen. Wenn jemand in dem Haus ist und er muß herausgehen, er kommt in eine Übergangswohnung, wenn wir eine haben, und in dem Zusammenhang muß ich auch darauf hinweisen, daß alles Reden über den Anreiz auch mit mehr Mittel, die hier eventuell für das kommende Jahr zur Verfügung gestellt werden was die Altbausanierung betrifft, wird nicht anlaufen können, wenn es nicht gelingt, Wohnungen für jene Familien zur Verfügung zu haben, die inzwischen herausgehen. Wenn wir feststellen, daß effektiv heute schon für die heutige Situation Wohnungen fehlen, wo sollen die inzwischen hingehen. Auch das menschliche Leid, das inzwischen dazukommt, wenn eine Familie auf die Straße gestellt wird, bekommt einen Unterschlupf, der aussieht wie er ist. Er muß aber für das Umziehen zwei Millionen Lire zahlen, er weiß, daß er dann vielleicht wieder zurückgehen kann, muß dann aber wieder dieses Geld ausgeben um wieder umzusiedeln. Auch das ist eine Belastung für die Familien, die es betrifft und das dürfen wir nicht außer Acht lassen, wir müssen es zumindest zur Kenntnis nehmen. Ich glaube, daß es auch notwendig sein wird, armen Familien, die es betrifft, hier auch in irgendeiner Form, ob über die Grundfürsorge, in irgendeiner Form unter die Arme zu greifen, wenn wir wollen, daß effektiv die Sanierung anläuft.

Wir wissen aber auch, daß wir mit dem Anreiz in diesem Gesetz zur Sanierung eine Situation schaffen, daß wir als Anreiz auch die Möglichkeit vorsehen, daß 40% der Kubatur, die dem Wohnungsbau bisher verfügbar war, frei verfügbar wird auch zum Tertiärisieren und somit in diesem Zusammenhang weniger Wohnungen werden. Wenn ich mir die Rechnung gemacht habe, wenn heute 19.000 Wohnungen bewohnt sind, sanierungsbedürftig sind und von diesen effektiv die 40% der Freistellung beansprucht werden, dann haben wir 9.000 Wohnungen, die wir morgen saniert zur Verfügung haben. Mir ist bewußt, daß vielleicht aus einer Wohnung morgen zwei werden, aber im großen und ganzen müssen wir feststellen, daß aufgrund dieser Situa-

tion sicher die Wohnungen verbessert werden, die dann verfügbar sind, daß wir Arbeitsplätze haben, daß es aber keineswegs stimmen kann, mir geht die Rechnung nicht auf, daß damit mehr Wohnungen gemacht werden um dazu zum Schluß zu kommen, wie im Jänner auch der Landesrat in jenem Zeitungsbericht gesagt hat, daß durch Altbausanierung kein Bauland mehr gebraucht wird oder nur ganz gering, weil man eben dann die Wohnungen so durch die Altbausanierung erhält. Ich glaube, daß das vielleicht in zehn Jahren der Fall sein kann, heute aber in der Anlaufphase können wir davon nicht reden.

Ich möchte hier noch nicht alles dazu sagen, weil ich mir ja erwarte, daß im Laufe der Diskussion und bis zur endgültigen Verabschiedung dieses Gesetzestextes noch die eine und andere Abänderung zum geltenden Gesetz eingebracht werden wird, so denke ich aber, wie es im heute vorliegenden Gesetz der Fall ist, daß - und wenn ich es durchlese, komme ich zum Schluß - daß man eigentlich unterschiedlich die Dinge angeht. Wenn ich im Rahmen des konventionierten Wohnungsbaues und unter Konvention versteht man ja, daß ein Anreiz dem Hausbesitzer gegeben wird, daß wünschenswert für alle dasselbe sein soll und er soll etwas bewirken. Nun haben wir vorgesehen, daß einmal ein Darlehen gewährt wird mit einer Belastung von 13% und in dem Zusammenhang habe ich ja den Antrag gestellt, man sollte direkte Zinsenbeiträge auszahlen und der Hausbesitzer sollte das Geld selbst suchen, weil man ja zur Zeit sehr viel Geld auf dem freien Markt verfügbar hat und das Land sich oft schwer tut, die 15jährigen Darlehen aufzubringen und daß auf diese Weise wesentlich mehr getan werden könnte. Aber wenn ich vom gültigen Gesetz ausgehe, würde dieses Darlehen im Grundbuch vermerkt werden, daß hier ein Beitrag gegeben wird. Dann ist der Verlustbeitrag vorgesehen, der werde nicht eingetragen. Nun scheint mir, daß wünschenswert es so sein müßte, daß diese Förderung jenen Hausbesitzern zu gewähren ist und daß er es auch beibehalten kann und daß es richtig ist, wenn er es erhält, wenn er eine Wohnung vermietet, dann hat er effektiv die Berechtigung, dieses Geld zu bekommen. Wenn er aber nur die Verpflichtung eingeht, die Wohnung zu verkaufen, dann scheint mir, daß es richtig ist, daß in jeder Form der Beitrag, den er zugesprochen erhalten hat, auf den Käufer übergeht, ansonsten ist es nicht logisch. Denn beim Verkauf wird nach marktwirtschaftlichen Kriterien vorgegangen. Der Preis wird der sein, der gerade am Markt ist. Wenn er hoch ist, dann wird er hoch sein, wenn weniger Nachfrage ist, ist er niedriger. Wir können niemals kontrollieren, wie teuer er verkauft hat. Wir wissen alle, daß nicht 100% der effektiven Kosten im Kaufvertrag angegeben werden. Deshalb bin ich der Meinung, daß wohl von vorneherein der Beitrag gegeben werden soll, weil ja der Hausbesitzer bis zur Benützungsgenehmigung die Möglichkeit hat sich zu überlegen, die Wohnung zu verkaufen oder zu vermieten, er ihm gewährt wird, aber dann sollte generell, im Falle daß er die Wohnung für 20 Jahre vermietet, auf jeden Fall der Beitrag, in welcher Form immer, er dem Antragsteller belassen bleiben, im Falle des Verkaufes auf jeden Fall sollte dies dem Käufer übertragen werden. Somit hätten wir die

Wohnbauförderung auf den Nutznießer dann übertragen. Denn ich glaube nicht, daß es sinnvoll ist, daß man jemandem ein Geld gibt, nur weil er etwas getan hat und der andere gleich viel zahlen muß, ob er ein Objekt kauft, für welches der andere nichts bekommen hat. Also, das scheint mir nicht gerecht zu sein. Ich glaube, man könnte nur einen Passus dazugeben, der so lautet, daß im Falle des Kaufes die gewährten Beiträge zu übertragen sind.

Was die Kleinsparförderung betrifft, so möchte ich einige Worte in dem Sinne hier anklingen lassen, indem ich auf den ersten Juni zurückblende, wo eigentlich um den Wohnungsbau sehr viel polemisiert wurde. Ich glaube, daß die italienische Presse an der Panik mitschuldig war, die sich dort abgespielt hat. Es ist sicher so, daß aufgrund der Verschiebung vom 1. Mai auf 1. Juni auch sehr viele in der Zwischenzeit die Möglichkeit gehabt haben, sich auch die Voraussetzungen zu schaffen, um auch mitkonkurrieren zu können, aber auch die Angst, die den Leuten gemacht wurde, daß 2.500 Gesuche kommen, was bei weitem nicht gestimmt hat, hat die Leute zur Verzweiflung gebracht. Es ist einfach nicht richtig, wenn man davon ausgeht, daß man mit der Presse auch Leute falsch informieren muß. Und wenn ich die alte Zeitung "Die Alternative" der kommunistischen Partei gesehen habe, dann muß ich einfach sagen, das stimmt nicht. Dort steht: Drei Tage und Nächte sind die Leute gestanden und haben gewartet bis sie dazukommen. Zwei drei haben schon zwei Nächte gewartet, andere haben den Tag über gewartet und die größte Anzahl hat ab 21 Uhr gewartet. Man hat feststellen müssen, daß man zuerst wirklich in großen Lettern die Bankrotterklärung der Südtiroler Landesregierung erreichen wollte, als es dann halbwegs ruhig über die Bühne gegangen ist, hat man nur mehr 5 cm<sup>2</sup> Platz in der Zeitung gehabt um zu sagen, daß es vorzüglich funktioniert hat, einmal dank der Leute, die sich so diszipliniert verhalten haben, andererseits aber auch dank des Amtes, welches so vorzüglich organisiert war. Ich möchte in diesem Zusammenhang auch sagen, daß es sicher nicht gut war, daß diese Situation gewesen ist, aber anders muß man heute rückblickend sagen, soll derjenige, der damals über dieses System so geschimpft hat, heute noch sagen, ob es so schlecht in der Auswirkung ist.

Über die laufende Zulassung hat man, wenn man es von vorneherein nur oberflächlich sieht, kann man den Eindruck haben, es wäre nicht sozial, weil man, wie die Kommunisten geschrieben haben: wer zuerst kommt malt zuerst. Es ist sicher so. Und es nicht sozial wäre, weil man dem, der mehr Punkte hat, dann nicht den Vorzug gibt. Ich bin der Meinung und ich sage es auch hier, ich habe es immer wieder gesagt, das Punktesystem ist ein Kriterium, das aber nicht unbedingt die Bedürftigkeit auf jeder Ebene darlegt. Denn wenn man das Beispiel hernimmt von einer Familie, Mann, Frau und zwei Kinder, die fünf Jahre verheiratet sind, beide Supplenten in einer Schule sind, die haben maximal 18 Punkte. Wenn ein Ehepaar, das vorgestern geheiratet hat, wo das Einkommen nur von einem berechnet wird und 22 Jahre alt sind, die haben 25 Punkte. Man sage mir, wer ist im Sinne der Gerechtigkeit, wie man so schön gesagt hat, daß man

den mit mehr Punkten nicht zuerst zugelassen hat, der bedürftigere. Ich glaube, man muß die Dinge im gesamten sehen. Wenn es gelingt, daß alle jene, welche angesucht haben und die Voraussetzungen erfüllen, zugelassen werden, dann glaube ich, haben wir etwas Großes geleistet. Ich möchte in dem Zusammenhang auch dem Amt für geförderten Wohnbau einen Dank aussprechen, das in den letzten Wochen und Monaten so vorzüglich gearbeitet hat, denn wenn wiederum in dieser kommunistischen Zeitung gestanden ist: Wo in aller Welt gibt es das, daß man so lange auf das Geld warten muß. Wo in Italien gibt es das, daß nach sechs Wochen, nachdem das Gesuch eingereicht wurde, bereits 200 den Nachweis bekommen, daß sie zugelassen sind und daß sie, wenn dieses Gesetz in Kraft gewesen wäre und ich hoffe, daß es bald in Kraft treten wird, bereits dann den Anspruch gehabt hätten das Geld zu bekommen. Aber ich hoffe, daß in einem Monat das Gesetz in Kraft ist und somit die Leute Ende Oktober auch effektiv das Geld bekommen können, welche die Voraussetzungen baulicher Natur dann erfüllt haben. Ich glaube, man muß einmal auch etwas Positives sagen und nicht immer nur das Negative und das Positive verschweigen. Das sind vor allen Dingen jetzt Wohnungen, von denen man sagt, die fehlen und die ich auch angeschnitten habe, die uns fehlen. Man kann aber nicht sagen, das eine ist schlecht und es sollte wieder wie früher die Möglichkeit gegeben werden, daß man ansuchen kann, jeder sucht an, ob er dann auch imstande ist, konkret zu bauen oder eine Wohnung zu kaufen, und man wartet dann eineinhalb Jahre, bis es überprüft wird und dann geht man daran etwas zu suchen, was wir in den letzten zehn Jahren hatten und zum Ergebnis gekommen ist, daß wir im Jahre 1981 3.000 alte Gesuchsteller plötzlich auf den Tisch bekommen haben, die zu finanzieren waren. Wenn heuer, und Gott sei Dank sind es nun mehr als 350, wie ursprünglich angekündigt, sondern es kommen, wie Landesrat Benedikter im Wohnbaukomitee rechnerisch dargelegt hat, 400 jetzt laufend zu und noch 100 in der Rangordnung, dann glaube ich, ist ein großer Teil von denen, die zuerst noch Angst gehabt haben überhaupt nicht mehr zugelassen zu werden, jetzt doch heilfroh, daß sie in einer vernünftigen Zeit auch zum Zuge kommen.

Ich bin auch der Meinung, daß darauf Wert gelegt werden soll, daß bereits vor dem Einreichtermin in einer Presseaussendung festgehalten wurde, daß es laut Gesetz so ist, daß alle jene, welche heuer aufgrund der fehlenden Geldmittel nicht zum Zuge kommen, mit den Geldmitteln des nächsten Jahres finanziert werden können und diese brauchen die Gesuche nicht mehr neu einreichen. Wenn es gelingt, daß im heurigen Jahr die Überprüfung aller eingegangenen Gesuche, zumindest der in letzter Zeit eingegangenen, und in dem Zusammenhang muß man darauf hinweisen, daß eben nicht die 2.500 Gesuche eingegangen sind, wie man prognostiziert hat um die Weltuntergangsstimmung herbeizuführen, sondern 870 an jenem ersten Juni und heute sind es zirka 1.160. 500 davon sind aber bereits schon genehmigt und ich glaube, das ist eine Leistung. Wenn nun aufgrund des Gesetzesartikels, der hier in diesem Gesetz vorliegt, auch eine Rangordnung gemacht wird, um auch jenen Recht zu geben, die geglaubt haben, das Ge-

setz wäre nicht sozial, weil man nicht denjenigen, der mehr Punkte hat, zuerst zuläßt, ist das eine Kompromißformel, daß also auch derjenige, der eventuell noch später ansucht und viele Punkte hat, im Jänner in der Rangordnung berücksichtigt werden kann, was aber gleichzeitig ist, daß sicher keiner mehr zum Zuge kommt, der weniger als 25 Punkte hat.

Mir ist auch bewußt, daß wenn es nötig sein sollte diesen Termin wieder zu schließen, obwohl er jetzt per Beschluß und Gesetz für drei Jahre offen ist, es sicher nicht mehr so sein wird, daß man ihn in der Form wieder aufmachen kann, weil mir bewußt ist, daß dann die letzten Dinge schlimmer sind als die ersten. Daß man dann etwas anderes versuchen muß. Aber ich bin der Meinung, daß es auf jeden Fall so sein muß, daß eine laufende Zulassung, eine laufende Wohnbauförderung auf jeden Fall in irgendeiner Form beibehalten werden muß. Es könnte auch ein gemischtes System sein. Als ich die Nacht bei den Leuten draußen verbracht habe, da hat man auch diskutiert und man hatte Gelegenheit, dem einen und anderen, der in Verzweiflung geraten war, weil man ihn auch aufgehetzt hatte, zuzuhören: was er tun soll, weil er die Nummer 400 oder 500 hat, wenn er jetzt nicht zum Zuge kommt, dann hat man auch versucht zu diskutieren und die Leute haben immer wieder gesagt, ja wenn man mindestens etwas bekommen würde, wenn ich für 50 Millionen mindestens einen Zinsenbeitrag bekommen könnte, wenn ich mindestens das oder jenes bekommen könnte, es muß ja nicht alles sein. Das hat mich auch bestärkt, den Vorschlag vorzubringen, daß man eben auch diese Möglichkeit vorsehen soll, daß man nicht jedem alles gibt oder nicht nur die Möglichkeit vorsieht, daß jemand auf jeden Fall alles haben kann, sondern daß auch eine andere Möglichkeit da ist, daß ich in Form eines Zinsenbeitrages auf einer bestimmten Höhe jemandem ohne weitere Schwierigkeiten diesen Beitrag geben kann. Dadurch wäre vielen geholfen und gleichzeitig würden diese nicht mehr die vollen Beträge beanspruchen. Es ist leider so, daß wo Menschen sind es "menschelt". Und wenn der eine sagt: wenn ich es bekomme und ich habe die Voraussetzung laut Punkte, dann wäre ich "blöd" wenn ich es nicht nehmen würde.

Man hat zwar erreicht und ich habe versucht bei den Versammlungen und in den Sprechstunden den Leuten immer wieder zu sagen, verlangt nur so viel Geld, als ihr unbedingt braucht, damit die anderen auch noch etwas bekommen und einige haben auch gefolgt. Man kann feststellen, daß in Gesuchen auch einige bereit gewesen sind, weniger anzugeben als sie effektiv bekommen können. Aber wenn beispielsweise im Jahre 1982 die Möglichkeit offen gewesen wäre, daß jemand beispielsweise 5% Zinsen auf 50 Millionen Lire bekommen könnte und keine andere Förderung da gewesen wäre, bin ich überzeugt und ich bin fast überzeugt zu untertreiben, ein gutes Drittel all jener, welche am 1. Juni draußen gestanden sind, nicht gestanden wären, weil sie mit der Möglichkeit der 5% Beitrag bereits zufrieden gewesen wären und nach dem Motto "Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach" sicher das beansprucht hätten und geblieben

wären jene anzustehen, welche sich effektiv mit diesen Beiträgen eine Eigentumswohnung leisten können.

Ich glaube also, daß es notwendig sein wird, in Zukunft dahin zu kommen, daß man mehrgeleisig versucht, mehr Anreize zu schaffen, das Ziel schneller zu erreichen, soviel als möglich Eigentumswohnungen zu schaffen mit weniger Geld des Landes oder mit gleich viel Geld des Landes wesentlich mehr zu machen. Ich glaube, es ist der Versuch wert, daß man ernstlich darüber nachdenkt und auch den Vorschlag, der jetzt schon ein Jahr lang herum ist, also auf einen bestimmten Darlehensbetrag direkte Zinsenbeiträge auszugeben, daß man den weiter diskutiert.

Ich möchte noch darauf hinweisen, daß wir auch in zunehmendem Maße leider Gottes in die Schwierigkeit kommen, daß die Mieten, auch was den gerechten Mietzins betrifft, wesentlich erhöht werden und daß wir auch mit diesem Gesetz mit unseren Förderungsmaßnahmen, wo wir Anreize schaffen, die Mieten erhöhen indem daß wir zulassen, daß es den Landesmietzins gibt.

Nun ist es den Leuten nicht klarzumachen, daß wir auf der einen Seite dem Vermieter ein Geld geben und wir ihm dabei die Möglichkeit geben mehr zu verlangen als es dem Bürger des Staates zustehen würde. Ich glaube, daß es richtig und notwendig ist, daß wir als öffentliche Hand in diesem Falle den Ausgleich geben. Wir sind der Meinung und wir haben es auch bejaht, daß es in Südtirol notwendig und wichtig ist, daß wir Grund sparen, daß wir versuchen, die verfügbaren Wohnungen, d.h. wir haben leere aber nicht verfügbare, daß wir diese Wohnungen dem Wohnungsmarkt zuführen, daß ein Anreiz geschaffen wird und daß wir dadurch auch Geld sparen indem, daß das Institut weniger bauen braucht. Wir sparen, daß wir nicht die Beiträge geben müssen für Ankauf und Erschließung der Gründe, wir sparen aber grundsätzlich Bauland, also Grund, der bei uns knapp ist. Aber das kann nicht zu Lasten des Nutznießers gehen, demjenigen der bisher nicht imstande war sich eine Eigentumswohnung zu leisten. Ich glaube, das höhere Ziel das wir uns gesteckt haben muß es uns wert sein, auch öffentliche Gelder hineinfließen zu lassen, um den Nutznießer gerecht zu behandeln. Ich sehe es nur als Kompromiß an, was hier in diesem Gesetz vorgesehen ist in Form des Wohngeldes. Ich möchte positiv bemerken, daß mit diesem Gesetzentwurf es nun möglich sein wird, zumindest mehr Leuten zum Genuß des Wohngeldes zu verhelfen. Wir haben seit 1978 die Möglichkeit im Gesetz vorgesehen, aber bisher ist leider Gottes diese Förderungsmöglichkeit toter Buchstabe geblieben, weil die zulässigen Quadratmeter in keiner Weise der Realität entsprochen haben, die Leute, die die Voraussetzung gehabt hätten, haben nicht genau diese Quadratmeter gehabt. Man hat jetzt versucht, großzügiger zu sein, wenngleich und - entschuldigen Sie, ich muß es trotzdem sagen, denn ich habe mich mit diesem Artikel einverstanden erklärt, aber es wäre vielleicht doch noch zu überlegen, inwieweit es nicht sinnvoller wäre, wenn man noch dazugeben würde, daß man sagt, für diese Quadratmeter, die hier angegeben sind, wird auf jeden Fall nur der Beitrag berechnet, aber nur wenn jemand eine Volkswohnung

hat kann der Beitrag gegeben werden. Und man hat es jetzt großzügig bewertet, das möchte ich unterstrichen haben, wenn man früher 28m<sup>2</sup> für eine Person gehabt hat und für zwei 38m<sup>2</sup> hat man jetzt 50m<sup>2</sup> für eine Person und für zwei Personen 65m<sup>2</sup>.

Also, was die Beitragsgewährung betrifft, bin ich der Meinung, daß das ausreicht. Nur wäre es sinnvoller oder gerechter und der Realität mehr entsprechend, wenn man sagen könnte, für diese Quadratmeter wird Ihnen das Wohngeld berechnet, aber Ihre Wohnung darf eine Volkswohnung haben. Es kostet dem Land nicht mehr. Beispielsweise hätte jemand eine Wohnung mit 66m<sup>2</sup> mit zwei Personen, der bekommt nichts mehr. Und wenn er 65m<sup>2</sup> hat dann bekommt er es. Es würde dem Land gleich viel kosten, wenn man sagt, also diese Quadratmeter dienen der Berechnung des Wohngeldes, die Wohnung darf insgesamt die Volkswohnung haben. Wenn jemand eine Luxuswohnung hat, soll er es auch nicht bekommen. Aber vielleicht ist es doch noch möglich, bis zur Verabschiedung des Gesetzes das zu überlegen. Dem Land kostet es gleich wenig oder gleich viel, aber dem einzelnen könnte geholfen werden, daß er nicht unbedingt in dem Korsett ist, weil wir ja alle wissen, daß die Wohnungen nicht unbedingt den Maßen entsprechen, wie wir sie hier festsetzen, aber ich glaube, das müßte nicht unbedingt eine Schwierigkeit sein.

Das Wohngeld bekommt also derjenige, der in der ersten Einkommenskategorie ist, also 11.000.900 bereinigtes Einkommen, der wird gleich behandelt wie wenn er eine Wohnung des Instituts hat. Auch in diesem Zusammenhang, wie gesagt, wäre diese Korrektur betreffend der Fläche wichtig, denn auch beim Institut ist es so, daß wenn bei Vergabe der Wohnungen vier alleinstehende Personen in der Rangordnung sind und nur Dreizimmerwohnungen zur Verfügung sind, dann bekommen sie auch die Dreizimmerwohnung und zahlen nur eventuell 10% ihres Einkommens. Daß man hier das auch so sieht.

Insgesamt stellen wir und ich erkläre nur, warum ich sage, es ist ein Kompromiß. Grundsätzlich waren wir der Meinung, als wir 1978 das Wohngeld eingeführt haben, man sollte versuchen, soviel als möglich freie Wohnungen heranzubringen und die Mieter gleich behandeln als wenn sie in einer Institutswohnung wären, damit der Drang auf Institutswohnungen nicht immer erhöht wird. Das hieße aber, daß heute beim Institut bis 15,9 Millionen bereinigtes Einkommen von Mann und Frau, können die Familienmitglieder, auch wenn sie alle verdienen und eventuell als Familieneinkommen wesentlich mehr dann herauskommt, können sie in der Wohnung bleiben und zahlen auf jeden Fall nicht mehr als den gerechten Mietzins. Hier gehe ich schon davon aus, daß ich mit 11,9 Millionen aller Familienmitglieder zusammengezählt, also diesen garantiere ich auf jeden Fall die Gleichstellung mit den Institutsmietern. Allen anderen, welche bis 15,9 Millionen sind, garantiere ich die Differenz zwischen dem gerechten Mietzins und dem Landesmietzins, sofern er diesen bezahlen muß. Vom Grundsatz her der Gleichberechtigung der Bürger muß ich aber sagen, daß es richtig wäre, deshalb sage ich, es ist nur ein Kompromiß, daß jeder in Südtirol,

der aufgrund unserer Gesetzgebung den Landesmietzins zahlen muß, weil wir ihn aufgrund des höheren Ziels eingesetzt haben, müßte die Differenz bekommen zwischen dem gerechten Mietzins und dem Landesmietzins. Nun kann man sicher davon ausgehen, daß dem einzelnen zuzumuten ist, daß er bis zu 25% seines Einkommens Miete zahlt und daß man von daher sagt, also das kann er auch verkraften. Das sind zwei Dinge. Er wird es schon verkraften, nur vom Grundsatz her könnte es so sein und ich könnte mir vorstellen, wenn jemand dies anfechten würde vom Gleichheitsprinzip her, müßte er wahrscheinlich recht bekommen, daß das nicht möglich ist. Denn es stimmt, daß man das Landesgesetz in Rom genehmigt hat, wo der Landesmietzins durchgegangen ist, aber mir kommt einfach vor, daß wenn jemand darauf pochen würde, dann hätte er wahrscheinlich, das ist meine Meinung, das Recht, auch hier den Ausgleich zu bekommen. Zumindest aber muß ich anerkennen, ist es jetzt so, daß auch die 25%-Klausel für die zweite Einkommenskategorie ja noch wegkommt, wie es jetzt zumindest im italienischen Text drinnen war, daß man zumindest demjenigen, der 15,9 Millionen hat, diese Differenz sichert.

Es ist sicher positiv, daß man aufgrund dieser neuen gesetzlichen Bestimmung noch einmal den Termin aufmacht, daß im heurigen Jahr doch einige in den Genuß des Wohngeldes kommen und daß diese Form auch in Südtirol zum Tragen kommt, so wie es längst in Österreich und Deutschland ist. Das ist sicher ein positiver Aspekt in diesem Gesetz, daß man denjenigen Leuten, die ein geringeres Einkommen haben, für diese ist es sicher ein Lichtblick, wenn jetzt die Mieten so drastisch erhöht worden sind, weil die Anlaufphase vorbei ist, daß die die Möglichkeit haben, hier einen Beitrag zu bekommen.

Es wäre sicher noch viel zu sagen, aber ich glaube, daß vielleicht das eine und andere noch bei der Diskussion über die Artikel angebracht wird. Ich hoffe sehr, daß noch einige Abänderungsartikel vom Landesrat eingebracht werden, daß bis zur endgültigen Verabschiedung das Gesetz doch einigermaßen ein übersichtliches Bild hat, daß man zusammenfassend den Leuten auch sagen kann, das, das und das gibt es und daß vor allen Dingen aber auch der Punkt eingefügt wird, daß auch Mieter selbst, wenn sie in einer sanierungsbedürftigen Wohnung sind, daß sie auch die Möglichkeit haben können, selbst einen Beitrag zu bekommen um die Wohnung zu sanieren, wenn der Hausbesitzer es zuläßt. Denn oft sind alte Hausbesitzer da, die sagen: solange ich lebe brauche ich es nicht, ich ändere nichts mehr, diese "Schererei" nimm ich nicht mehr auf mich. Die Wohnung bleibt doch vermietet, wenn es der Mieter will, dann kann er es tun und ich glaube, diese Möglichkeit hätte auch einen zweiten positiven Aspekt, daß dann der Mieter wesentlich mehr auf die Wohnung schauen würde, wenn er selber sanieren könnte. Erstens einmal kann er drinnen bleiben, er braucht nicht umzusiedeln und gleichzeitig würde er mehr auf die Wohnung schauen. Also, wir müssen versuchen, insgesamt die Problematik zu sehen, soviel als möglich dem einzelnen Bürger die Entscheidungsfreiheiten zu lassen und daß wir nur korrigierend helfen, daß wir in zunehmendem Maße



versuchen, nicht noch mehr verwaltete Menschen zu haben, und daß wir versuchen, auf veränderte Situationen auch neue Antworten zu geben, um gemeinsam auf vielen Wegen das Ziel zu erreichen, das eben heißt: Jedem Menschen eine menschenwürdige Wohnung, denn wir wissen doch alle, daß jede Familie, die keine Wohnung hat und jede Familie, die sich gründen will, die keine Wohnung findet, das bedeutet eine Wohnung zu wenig. Und der Begriff Heimt wird nicht zuletzt durch das Wort Ein-Heim-haben verdeutlicht.

D'AMBROSIO (Segretario - PCI): Signor Presidente, egregi colleghi, con questo intervento desideriamo innanzitutto riprendere e sviluppare quanto abbiamo ritenuto opportuno riassumere con la relazione di minoranza che avete ricevuto. E sin da questo primo atto formale non possiamo esimerci dal porre a confronto la nostra relazione con quella che ha ritenuto di presentare l'Assessore competente a nome della Giunta ovvero mentre noi abbiamo cercato di compiere un ragionamento complessivo, secondo il nostro punto di vista di quella che è la situazione casa con tutte le connessioni attorno a questo argomento, ebbene, questo metodo che già la dice lunga sul piano di una valutazione politica è sfuggito credo non casualmente alla legge presentata all'attenzione del nostro Consiglio nel senso che non si dice che cosa si intende fare, quali obiettivi si intendono raggiungere, quale valutazione si è data o si intende dare sulla situazione esistente. Si è fatta una illustrazione sui vari articoli ma si è ben guardato dal fare un ragionamento politico-sociale, complessivo. Il nostro ragionamento se dovessimo stare alle prime mosse di questo dibattito, viene oltre modo facilitato avendo noi ascoltato, si potrebbe forzare dicendo un distacco del nostro partito, dei nostri ragionamenti tramite i lamenti che la collega Franzelin ha qui espresso a dimostrazione di una situazione di difficoltà e tensione attorno al problema della casa. Non ne abbia a male la collega Franzelin e la componente che essa rappresenta, quella cosiddetta socialmente più avvertita degli Arbeitnehmer se così facendo noi cogliamo una duplice contraddizione, quella cioè di avvertire le difficoltà ma di non insistere abbastanza nel non far proseguire una certa situazione e poi di fatto nell'avvallarla votando provvedimenti e atti che questa situazione hanno concorso a determinare. Ad ogni modo in politica bisogna anche prendere atto del fatto che vi sono qualcosa di più che sfumature ma posizioni politiche che oggettivamente sono dettate da motivi diversi ma sono critiche.

Sul tema casa noi abbiamo insistito e non da oggi sul piano nazionale come su quello locale con iniziative varie verso una situazione di acutezza e di pesantezza che assume dimensioni sempre più vaste. Detto questo non trascuriamo affatto l'incidenza che sul complesso del problema casa hanno assunto le scelte generali e dunque anche nazioni che il Governo e le forze politiche che li hanno composti, questi governi, hanno per motivi diversi, piano casa che non ha dato i suoi frutti, anche in

virtù di un processo inflazionistico che ha eroso queste risorse e dunque bisognoso di essere rifinanziato sapendo noi che molte risorse che la Provincia autonoma di Bolzano ha al capitolo entrate derivano anche dai finanziamenti diretti che lo Stato al riguardo fa. Non ci nascondiamo come anche in provincia di Bolzano vi sono gli effetti contraddittori forse per certi aspetti accentuati come peraltro si registra nei grandi centri urbani o nelle cosiddette aree calde del nostro Paese in virtù del fatto di una legge sull'equo canone che mostra determinati limiti e si ritiene opportuno andare rapidamente ad affrontare e a modificare. Meno probabilmente ha inciso una vacanza legislativa in virtù della nota sentenza sulla legge Bucalossi e sono pur questi elementi che nel complesso hanno inciso. Così come non c'è dubbio che incide anche in provincia di Bolzano tutto un sistema di cassazioni che gravano sulla casa e che obiettivamente scoraggiano anche degli investimenti e da ultimo noi siamo costretti a registrare che le soluzioni più facili non è vero che siano le più giuste vedi ad esempio l'ulteriore fardello rappresentato dalla tassazione che dovrebbero esercitare i comuni che vanno a gravare ancora una volta sulla proprietà edilizia ed in particolare sui piccoli proprietari.

Altro elemento che scoraggia è il fatto che un sistema economico in crisi per certi aspetti addirittura ingovernabile e pazzo, scoraggia gli investimenti della casa perché se è vero che un appartamento costa 100 milioni molti fanno il ragionamento che la resa dell'investimento di 100 milioni di appartamenti è diverso dalla resa che può dare un buono del Tesoro o un interesse più o meno vincolato presso un istituto bancario o altri meccanismi. Dunque si dirotta anche uno sforzo in questa direzione. Se questo è il quadro d'insieme non c'è dubbio che bisogna aggredire alla radice questi elementi per poter ottenere risultati o tendenze diverse che a loro volta riconducono in una direzione più praticabile tutte le iniziative verso la questione casa. Fa piacere sentire rieccheggiare anche in quest'aula l'interesse che abbiamo saputo oggi tramite organi di informazione e le affermazioni della collega Franzelin che anche la SVP seppure tramite la sua componente degli Arbeitnehmer intende cimentarsi tramite i suoi parlamentari con un disegno di legge tendente al cosiddetto risparmio casa. Fa piacere perché vuol dire che altre forze politiche si sensibilizzano al riguardo ma debbo anche dire che non comprendiamo salvo la cattiva conoscenza dei fatti quali essi sono - non voglio fare processi alle intenzioni e dire che c'è malafede - ma non capisco a questo riguardo che senso abbia affermare che i comunisti come noto mangiatori di bambini e distruttori della proprietà privata sarebbero contrari affinché i cittadini fossero proprietari di alloggi. Non capisco e non so da dove derivi questa affermazione salvo una non conoscenza al riguardo perché come è noto i comunisti non solo hanno sostenuto sia pure facendo delle critiche, ma criticare non vuol dire essere contrari, la cessione a riscatto di determinati alloggi cosa che è avvenuta in tutto il Paese, ma mentre la SVP scopre nel settembre del 1983 l'esigenza o l'opportunità di una legge sul risparmio casa faccio notare ai colleghi del Consiglio pro-

vinciale che i parlamentari comunisti ancora nell'ottava legislatura ad iniziativa dei senatori libertini Baccicchi, Lapporta, Ottaviani ed altri hanno presentato in data 21 maggio 1980, dunque oltre tre anni fa, un disegno di legge recante il numero 909 non sono mai di solito così burocratico citare queste cose ma giova testimoniare con dati di fatto un disegno di legge denominato "istituzione del risparmio casa". Alla collega Franzelin debbo dire che semmai arrivano, i suoi colleghi parlamentari, il partito della SVP a seguire dopo oltre tre anni una proposta già avanzata dal Partito Comunista Italiano. Dico questo e lo dico con questi dati a disposizione di tutti per dimostrare con dei fatti come bisogna evitare di cadere sempre nel tranello dei pregiudizi e delle idee affrettatamente appastellate. Io capisco anche che in presenza dell'ennesima scadenza elettorale che ci riguarda assai direttamente ognuno cerca di fare il suo mestiere ma credo che ognuno debba cercare di farlo evitando questi inconvenienti che gli si ritorcono contro. Evitiamo dunque di raccontare storielle, restiamo ai fatti per quelli che essi sono realmente e tra questi risulta certamente che i comunisti non da soli sono assai critici per quanto concerne il problema della casa e sul piano nazionale e su quello locale ma che non hanno di certo limitato gli sforzi di elaborazione e di proposta sui diversi terreni per venire incontro ad una soluzione positiva per un problema che attanaglia non poco i nostri cittadini in particolare i più bisognosi.

Ma se fino adesso ho teso a fare un ragionamento che individua obiettivamente dimensioni nazionali che hanno ripercussioni anche locali vi è da dire che netta è la corresponsabilità per uno stato di cose quale quello qui lamentato non solo da noi della Giunta provinciale per le politiche che ha inteso perseguire e ovviamente per le forze che compongono questa e passate Giunte provinciali, che per certi aspetti hanno accentuato determinate difficoltà anziché averle alleggerite portando una situazione ad una pesantezza a limiti estremi che siamo costretti a registrare ormai da tempo e lo dice la cronaca quotidiana. E diciamo che questa responsabilità è accentuata perché si somma all'insensibilità verso quelle sollecitazioni tendenti a rimuovere quanto meno le cose più macroscopiche. E che queste lamentele non siano solo nostre lo dimostrano anche alcune parziali significative esperienze quali quelle rappresentate non molto tempo fa dal primo decennale della costituzione dell'IPEAA. Ci sono state delle occasioni di confronti, di opinione, di valutazione della situazione e non mi pare che dal Presidente von Ferrari ad altri intervenuti nessuno si fosse azzardato ad esprimere soddisfazione perché si è al di sotto di quelli che sarebbero i bisogni e le attese. Certo si può dire che qualcuno ha fatto la sua parte, qualcuno di meno, si può dire che non tutto dipende da qui, ma allora io chiedo ancora una volta perché in quella circostanza ad esempio l'On. Frasnelli si era sperticato le mani attaccandosi alle promesse di Fanfani. Che fine ha fatto quella promessa? Non parlo più del Governo Fanfani già superato da elezioni politiche anticipate e da un altro Governo, ma io mi chiedo quando l'esperienza

sarà maestra anche in ordine a questa vicenda? Come si fa a dare credibilità dall'oggi al domani ad una inversione politica quando gli atti concreti attorno a questa materia non danno i segnali necessari e conseguenti? Si fanno anche delle brutte figure, e si creano per l'ennesima volta illusioni attorno a soluzioni che non arrivano. Che poi l'acutezza sia dimostrata ancora una volta non solo da noi, lo dimostra il fatto che le organizzazioni sindacali nei tempi più recenti hanno sollecitato, ivi compreso l'incontro che hanno avuto non più tardi di qualche settimana fa con rappresentanti del Governo attorno a problemi esistenti in provincia di Bolzano, la dichiarazione di crisi nel settore dell'edilizia. E ulteriore dimostrazione è rappresentata dal fatto che sono oramai migliaia i posti di lavoro persi nel settore delle costruzioni.

Ma oltre a questa situazione vi è poi tutto un discorso non solo insufficiente per rimettere alloggi nel mercato, vi è tutta la partita relativa al patrimonio esistente e di come viene utilizzato, e dove al riguardo non solo le cosiddette organizzazioni che si richiamano a partiti o movimenti di sinistra sollevano critiche e proposte, ma anche quelle che più direttamente si rivolgono a settori della maggioranza in questo caso della DC e della SVP organizzazioni dell'inquinato le quali anche ma non solo in occasione di quel primo decennale da me prima citato, hanno sollevato pesanti obiezioni a che complessivamente viene gestito questo patrimonio a come in sostanza viene esercitata da parte della Provincia autonoma tramite l'IPEAA una certa politica. E se la collega Franzelin dice, non so perché che costoro non vogliono più sentirsi non solo amministrati ma non capisco perché aggiunga non sono responsabilizzati, sembra che siano senza responsabilità, voglio anche dire che di fronte a delle sollecitazioni per delle forme di autogoverno, di autoamministrazione anche per incidere nella riduzione delle spese di amministrazione non mi pare che vi siano tati segnali opposti tendenti ad accogliere queste proposte.

Ma più in generale credo che valga la pena ritornare su quello che noi definiamo un cattivo e insufficiente uso di una fondamentale competenza della Provincia autonoma quale quella in materia di edilizia. Vi è una pervicace insistenza nel non modificare i criteri del bilancio dando la necessaria priorità alla casa. Qualcuno può obiettare, probabilmente lo farà, ma lo abbiamo già fatto anche noi che l'autonomia provinciale spende magari con dati alla mano più risorse di quante ne incamera per quanto concerne il bilancio. E' un fatto che noi abbiamo detto che l'autonomia si esprime senza però alterare obiettivi di fondo e finalità di determinati provvedimenti nazionali, ma il fatto è che non c'è la necessaria premessa d'acceleratore in questa direzione, se è vero come è vero che la casa è un problema prioritario, oltretutto le solite litanie che è acuto, testo ecc. allora priorità vuol dire una cosa che viene prima e una cosa che viene dopo. E allora se viene prima vuol dire che risorse, apparati amministrativi e ogni sforzo tendente a cogliere risultati al riguardo va perseguito, non vediamo qualcosa del genere e lo dimostra la

fame di case, le contraddizioni, le tensioni, la crisi nel settore delle costruzioni, con tutte le conseguenze che possiamo immaginare. Ciò deriva anche da una concezione assurdamente privatistica quando non caritatevole per altri aspetti dello stesso concetto di casa, soprattutto per quanto concerne l'elemento pubblico, l'assenza di ogni concezione sociale, l'uomo ambisce alla casa come una volta tendeva a coprirsi di pelle e andare almeno in una caverna, come l'uomo ha diritto a tutelare la sua salute, a lavorare, ad accrescere il suo livello culturale ecc. Di qui anche la chiave di lettura del fatto che la Provincia autonoma credendo di competere col mercato ha attuato per alcuni aspetti una politica di equo canone superiore ai parametri nazionali non facendo altro che una rincorsa che seleziona sempre di più e alimenta verso l'alto la politica degli affitti, tanto è vero che chi di voi ha contatti e conoscenze delle vere regole del mercato ormai ufficialmente dichiarato nero degli affitti sa benissimo a quali condizionamenti un cercatore d'alloggi è sottoposto. A parte il fatto della scomparsa dagli annunci economici da anni, sapete che chiedono alcuni anni anticipati, clausole strane, affitti di gran lunga superiori a quanto stabilito dall'equo canone ecc. Non c'è dubbio che un elemento di concorrenzialità a questo dato di fatto lo abbia costituito il fatto che la Provincia autonoma tende verso l'alto e vi è un richiamo a questo, un tentativo di allargare ulteriormente le maglie sia pure per altri aspetti in questo recentissimo documento dell'associazione industriali che ci è pervenuto martedì scorso, dove si chiede una dilatazione di questo elemento anche al mercato privato, dunque una fuga verso l'alto. Dunque mani libere si cercano di lasciare verso una cosiddetta spontaneità o liberalità del mercato, ci si autovincola per quanto concerne l'aspetto pubblico e diretto e inoltre credo di dover constatare che chi ha ritenuto di affacciare determinate soluzioni non sia più in grado di mantenere le promesse, tanto è vero che per la partita "mutui" si usa la scure, non si regge perché non si vogliono aumentare i fondi messi a disposizione a questo riguardo. Svilupperò questo ragionamento che prende lo spunto dal fatto che si vogliono ridurre i mutui ventennali a quindicennali, aumento secco di un terzo delle scadenze semestrali, qualcuno ha obiettato che nella relazione di minoranza forse saremmo stati più chiari se oltre alle percentuali si fossero espresse le cifre, ma credo che tutto sommato sia semplice, se uno ha un rateo di 400.000 lire andrà a 530.000 lire. L'altro elemento è l'elevazione del tasso di interesse sui mutui medesimi. E' un tentativo che non solo non mantiene le promesse, ma che scoraggia quanti si avventurano - perché questo oramai è il termine da usare - in questa direzione. Non possiamo dimenticare che oltre a queste prime e dirette difficoltà ve ne possono essere altre concorrenti quale il fatto che viviamo in un periodo di particolare e acuta crisi economica e le famiglie scontano anche questa crisi attraverso - casi limiti - la messa in discussione del posto di lavoro. Allora ecco che uno si incammina sulla possibilità di questa soluzione, di tipo individuale ancorché aiutata, perché i conti fatti con l'oste portano a dire

che uno può anche essere messo in discussione nel suo reddito tramite l'occupazione che può diventare più precaria quando non addirittura essere messa in discussione. E allora, se questo è il complesso del quadro, una mano pubblica insufficiente, un aspetto di tipo privato ancorché aiutato che viene meno, il mercato privato che ha le maglie così strette, c'è da dire qualche cosa di più a proposito di tutti questi ragionamenti sovente abbastanza ipocriti a proposito della crisi della famiglia, dei giovani, dei valori ecc. Se il giovane si affaccia alle varie fasi della vita e una delle fasi più significative è quella del lavoro e la costituzione della famiglia e trova questo impatto per tutto ciò che rappresenta la casa, non c'è dubbio che troviamo in questo uno degli elementi centrali del perché vi è una crisi della famiglia che porta a dire che vi è anche una crisi dei matrimoni. Dati statistici portano anche a dire che crescono a dismisura le coabitazioni, si hanno elementi che si pensavano esistenti solo in un periodo particolarmente grave e difficile quale quello post-bellico, sono che la contraddizione più stridente rispetto le possibilità, le condizioni, le potenzialità di un anno che porta la data del 1983. Un conto è una situazione in presenza del terremoto, di un'alluvione, di un disastro, un conto è il tempo corrente e allo stesso tempo sapere anche attraverso il recente censimento, ma confesso che non occorre questo per sapere quali erano gli andamenti reali e correnti del mercato, delle migliaia di alloggi sfitti. Un po' come dire che c'è l'affamato disposto a pagare un tozzo di pane che gli viene negato. Questa è la morale vera, le conseguenze di un certo modo di concepire il problema centrale della casa.

Ma a proposito di una breve parentesi che si è fatta qui su presunte incitazioni, pressioni, tensioni di opinione pubblica per quanto concerne le domande presentate lo scorso giugno per coloro i quali intendevano concorrere ad un mutuo, credo sia giusto riportare anche qui le cose nei propri termini. Premesso che è stata l'Amministrazione provinciale a ritenere opportuno di spostare il giorno dal primo maggio al primo giugno, credo che non sia da imputare agli organi di informazione, primo di aver messo al corrente di questo spostamento, secondo di far conoscere agli interessati, e noi ci siamo prestati, evidentemente, che in assenza di una precisa normativa la regola fosse chi arriva prima. La gente non è stata organizzata ad attendersi una o due notti prima. Se poi qualcuno ha fatto dei servizi li avrà fatti perché ha voluto evidenziare un aspetto della corsa alla casa. E' ovvio che quando si fa una sorta di albero della cuccagna e si sa che è per chi arriva prima, tutti cercano di essere tra i primi. Semmai il difetto consiste nel fatto che manca una regolamentazione che dica se non ci sono domande da poter soddisfare per tutti si gradua, oppure si copre tutto, e coprire tutto vuol dire che se ci sono 800 domande si erogano 800 mutui, se ce ne sono 1000 se ne erogano 1000 e avere le somme corrispondenti, in carenza delle quali è evidente, naturale, che tutti gli interessati cerchino di essere i primi. E' gioco forza, ineluttabile, allora però non prendiamocela con la stampa che fa

conoscere certe cose o con dei commenti che forze politiche o forze sociali o gli stessi interessati fanno e non si creda di risolvere il problema mantenendo ferma la fetta dello stanziamento complessivo e facendone pezzettini sempre più sottili. A questo riguardo sarebbe ingiusto, amorale dal punto di vista pratico, che qualcuno pensasse di introdurre anche tramite questa legge l'effetto retroattivo rispetto alle domande interessate in ordine alla durata del mutuo e in ordine ai tassi di interessi. E dico questo perché coloro che hanno presentato il mutuo compilando questo questionario e questi documenti, sapevano che la durata del mutuo era regolamentata in 20 anni con quei tassi di interessi. Qualcuno dirà che a voce si era detto, ma non fa testo. E' come la promessa di Fanfani, non fa testo, fanno testo le leggi, le disposizioni e alla data del primo giugno coloro che hanno presentato le domande l'hanno presentata con la legge oggi in vigore che prescrive una durata ventennale e determinati tassi di interessi sul mutuo. Siamo estremamente contrari non solo a questi peggioramenti quali un accorciamento della durata del mutuo e un'elevazione dei tassi, saremo contrari a qualsiasi elemento di retroattività.

Se questa è la partita relativa ai mutui, desidero brevemente riprendere alcune considerazioni in ordine al risanamento, elemento questo previsto e trattato dalla modifica alle leggi vigenti, presente in alcune considerazioni sviluppate nella nostra relazione di minoranza e in questo documento che ci è pervenuto dall'associazione degli industriali l'altro giorno. A parte il fatto che non condividiamo un allargamento dei criteri dell'equo canone cosiddetto provinciale ecc. sono anche d'accordo che vada compiuto uno sforzo maggiore anche perché il consuntivo non dice nulla, ovvero la resa degli sforzi finora fatti in termini di risanamento. Ma sono d'accordo soprattutto per due motivi, ad una incentivazione di opere di risanamento edilizio, primo perché non è vero che è solo un miglioramento delle condizioni per chi ci abita, è anche vero che si mettono a disposizione alloggi sovente inutilizzabili che molte volte sono nei centri storici. E' vero che con un'opera di risanamento edilizio noi possiamo compiere atti che evitino di utilizzare altro terreno. Ma è vero soprattutto, e qui c'è la contraddizione che noi vogliamo cogliere, che il risanamento edilizio proprio in quanto sovente presente nei centri urbani e storici deve consentire a questi quartieri la presenza contemporanea non solo di attività mercantili o amministrative, ma anche una presenza d'insediamento urbano costante, e noi oggi assistiamo sempre di più per logiche speculative ad una selezione di questi quartieri prevalentemente rappresentati dai centri storici che diventano molto vivi nel corso delle ore della giornata, perché lì si svolgono gli affari, ma deserti e inospitali perché disabitati da cittadini in virtù del fatto che sovente questi risanamenti rappresentano un riciclaggio da abitazioni ad uffici ad attività terziaria di questa natura. Assistiamo all'espulsione di abitanti, di attività artigianali con annessa abitazione ecc. e dunque la desolazione, il vuoto, l'abbruttimento delle città per questa situazione.

Noi siamo convinti che sia per più ragioni praticabile un'attività in questa direzione, ma naturalmente per fare questo occorrono adeguati mezzi e occorre non concedere troppo alla possibilità della variazione d'uso perché altrimenti si entra in questa contraddizione e la gente espulsa da queste abitazioni non c'è dubbio che ripresenta una pressante domanda di abitazione altrove e sovente per soddisfarla si usa terreno che proprio perché pregiato, considerate le caratteristiche orografiche del nostro territorio è bene tutelare il più possibile.

Ma se sul piano dell'intervento diretto tramite l'IPEAA, di quello parzialmente aiutato tramite mutui a singoli o cooperative, per quello relativo alla ristrutturazione e recupero del patrimonio edilizio si deve intervenire, io credo che sarebbe tanto più corretto un intervento in quanto si possa rovesciare una situazione quale quella attuale a partire da accertamenti da ricognizioni esatte. Qui affronto l'argomento di sapere preventivamente dove andare a parare. Innanzitutto l'accertamento del fabbisogno. Noi concepiamo questo accertamento in diversi aspetti, uno innanzitutto di tipo territoriale dove servono le abitazioni, in quali località della provincia, e sapendo anche che l'elemento casa è spesso connesso, concorrente ad insediamenti di tipo produttivo ed è da questo elemento successivamente che si deve abbinare il discorso certo non semplice, complesso che va fatto, della cosiddetta saldatura tra ripartizione dei fondi rispetto all'art. 15 dello Statuto d'autonomia e questione del bisogno. E' un elemento assai discusso, ci sono opinioni abbastanza differenziate tra chi vuole avere una chiave di lettura serena e pacifica e chi vuole invece concepire questo come zeppa per ulteriori contrapposizioni e tensioni. Noi comunisti ribadiamo che conveniamo con l'art. 15 dello Statuto, conveniamo anche con il fatto, al di là delle statistiche forniteci comunque di per sé significative per fatti storici che vi sia una diversa dislocazione all'interno del patrimonio pubblico di cittadini dei diversi gruppi linguistici, ma diciamo anche che occorre la necessaria duttilità e saggezza politica nell'esercitare l'elemento proporzionale etnica e bisogno sapendo evitare almeno le condizioni più stridenti. Allora se occorre il riconoscimento di questo elemento, la ricognizione territoriale a maggior ragione non si può superare il fatto che gli alloggi non si realizzano più prescindendo dai cosiddetti comprensori perché proprio questo elemento può portare ad una accentuazione delle sperequazioni, perché è stridente il fatto ovunque esso si verifichi che certe assegnazioni siano fatte con punteggi assai differenziati. Non si tratta della frazione di punto, si tratta di troppi punti. Non è tollerabile che chi ha 36 punti, e non faccio una questione né di periferia né di città ed appartiene ad un gruppo linguistico è escluso e chi ne abbia magari 5 o 7 di meno ottiene l'alloggio. Allora bisogna capirsi. Ecco che cosa si deve intendere per ricognizione, che il censimento del fabbisogno non è sapere quanti hanno la casa e che casa è, è sapere quanti ambiscono ad avere la casa e che bisogno esprimono. E se c'è un fabbisogno che porta a dire che ad esempio a Malles Venosta la media dei punti



é di 35 e a Silandro é di 30 il fabbisogno é maggiore a Malles. E se si dice che in una graduatoria scomposta per gruppi linguistici la media o le punte dei punteggi sono estremamente diversificate, la prioritá va data a chi ha piú fame e piú bisogno. Questo significa conciliare ripartizione dei mezzi con concetto di bisogno, sapendo che ci rivolgiamo a dei cittadini che hanno delle loro urgenze, delle loro necessitá e che é sempre piú difficile tollerare una situazione di macroscopica ingiustizia, fermo restando che siamo a livello di suddivisione e che la prioritá che deve stare a monte di tutto é un massiccio intervento. Ma dato che non viviamo in un mondo ove la cosiddetta casa per tutti é possibile non c'è dubbio che si deve graduare, ma secondo questi criteri. Noi accentueremo le sperequazioni e dunque le tensioni e gli esasperati confronti proprio introducendo un elemento che prescinda, deroghi, annulli un accertamento preventivo e dunque una dislocazione anche di tipo territoriale o comprensoriale.

Dunque contrarietá netta al tentativo di superare questo tipo di accertamento, di censimento del fabbisogno anche perché dobbiamo registrare che la Giunta provinciale cosí facendo non solo vuole e dimostra di venir meno ad un preciso dettato statutario ma certamente traccia ogni impegno che nei confronti delle organizzazioni sindacali dei lavoratori si era assunta.

Ma l'altro elemento pienamente inserito in questo ragionamento é che anche nel problema casa che sappiamo non é mai fine a sé stesso, problema casa vuol dire infrastrutture, servizi, modo complessivo di vita, ebbene anche per il tipo di dimensione oggi raggiunta da certi comuni noi assistiamo al fatto che non vengono sufficientemente coinvolti i comuni, mentre i comuni sulle questioni del territorio e dunque della casa anche perché l'autonomia non significa solo cosa provinciale ma tutto ciò che sta dentro dunque anche i comuni vengono sempre di piú esautorati e ridotti nelle loro funzioni, ma anche nel merito tramite la riduzione dei contributi per le spese di urbanizzazione che attraverso il disegno di legge si vorrebbero apportare e inoltre per quanto concerne piani regolatori, zone di espansione non sempre si aiutano i comuni a crescere ma soprattutto ci si sovrappone e allora credo che non si aiuti neanche i cittadini ad essere meno sudditi ma sempre piú protagonisti della loro vita. Dunque se criticiamo queste cose e ripeto che non c'è la necessaria duttilitá nei bilanci nel mettere a disposizione somme e risorse necessarie al problema della casa anche per tutte le attivitá che noi sappiamo collegate alla produzione edilizia e sappiamo che operiamo di fronte ad un bilancio di 1.300 miliardi circa e dunque sempre meno tollerante questa rigiditá e chiusura politica e sociale, noi crediamo che sia giusto fare alcune considerazioni per quanto concerne la politica piú direttamente seguita per alcune specificitá che hanno fatto parlare non solo la stampa ma anche coinvolto opinione pubblica e organizzazioni sindacali, diretti interessati e qualche volta anche istituzioni dello Stato.

Innanzitutto vorrei dire e ripresenteremo al riguardo un ordine del giorno, che riteniamo a non essere messi in grado come la legge prescrive, del rendiconto del CER che non deve essere una pagina del rendiconto del bilancio dell'anno precedente della Provincia autonoma, ma deve avere un iter a sé stante. In secondo luogo dobbiamo constatare che la Provincia autonoma continua ad essere sempre più autarchica e snobba organizzazioni sindacali e rappresentanze degli inquilini. In terzo luogo assume sovente atteggiamenti vertenziali nei confronti anche di organi dello Stato vedi le questioni dei militari, e a questo riguardo apro una parentesi. Cito i casi degli alloggi di via Resia già oggetto di discussione in quest'aula e gli alloggi per la polizia e altri corpi dello Stato. Per quanto riguarda via Resia non è giusto per principio, metodo e rispetto legislativo, che vi siano edifici senza licenza edilizia, riteniamo sia una cosa non corretta, ma ci chiediamo come mai si arriva a queste situazioni fino ad interessare il Consiglio di Stato. Perché credo l'Assessore competente non è stato capace di affrontare serenamente un problema umano e ovvio quale quello di alloggi per categorie particolari tra l'altro soggetti a soventi trasferimenti ecc. Il colpo di mano che condanniamo o la forzatura ha sempre la premessa che è un livello di insopportazione raggiunto a questo riguardo, dimostrando immaturità nel governare un problema complessivo e a trattare i cittadini per quelli che essi sono.

In secondo luogo il problema per gli appartenenti alla Polizia di Stato, carabinieri, finanzieri ecc. Noi crediamo che sia debole non solo politicamente ma anche giuridicamente il ragionamento che dice che per venire incontro sia pure parzialmente - solleva per cui secondo noi un'obiettiva questione di costituzionalità questo elemento - che sia debole il tentativo di erogare dai tempi di reddito per l'accesso a questi alloggi solo per gli appartenenti alla Polizia di Stato perché crea un'oggettiva disparità di trattamento nei confronti dei cittadini tutti. Ma poi non crediamo che sia forte il ragionamento che dica che sono 100 gli alloggi, suscitando una certa apprezzabilità e poi scoprire che questi alloggi non solo non sono 100 ma sono 100 in 10 anni e non solo per la Polizia di Stato ma per altri corpi tra cui la finanza e i carabinieri, il che vuol dire una inezia rispetto il fabbisogno. Ma poi c'è tutto il discorso della disparità che ci porta a fare ultime considerazioni sui criteri con i quali viene usato questo patrimonio pubblico. A parte il fatto che tutte queste cose messe assieme creano un elemento di sfiducia nei confronti dell'autonomia in quanto tale per questo modo di essere governati, e molti si interrogano come mai questo volto arcigno e severo dell'autonomia nei confronti di alcune categorie, queste e i lavoratori più in generale, mentre vediamo corsie privilegiate e realizzazioni formidabili per altri e su un tema assai atipico e particolare come quello della casa. Allora noi diciamo che non solo localmente ma anche nazionalmente si dovrebbe porre un problema diverso da come finora affrontato e gestito, lo dico con tutta la problematicità, ma credo sia ora di giungere ad un superamento di una gestione con questi criteri politici di un

patrimonio realizzato prevalentemente dal contributo dei lavoratori incominciando a considerare se anche come avviene per la Previdenza sociale i Consigli di amministrazione sono in prevalenza dei lavoratori e le loro rappresentanze sindacali nei confronti dei consigli di amministrazione degli istituti autonomi delle case popolari, vedi da noi IPEAA. Non so fino a che punto può essere legittimo e giusto che priorità sociali vengano schiacciate da valutazioni politiche di quanti nemici dei lavoratori visto il modo come vengono condotte le cose. E faccio qui una dimostrazione dell'uso impopolare di questo patrimonio pubblico, in primo luogo criteri di reddito. E' ingiusto che lavoratori che superino un determinato reddito siano impediti di presentare la domanda, perché proprio in quanto domanda viene attribuito un punteggio che deriva da tanti elementi, il reddito, l'abitazione occupata e le sue caratteristiche, il nucleo familiare, la distanza dal lavoro e tante altre cose, essendo graduato l'insieme del cosiddetto fabbisogno non c'è dubbio che chi ha redditi più bassi avrà un riconoscimento maggiore e chi ha redditi più alti avrà un riconoscimento minore a questo titolo per questa voce, ma può essere che il fabbisogno complessivo sia di gran lunga superiore per uno che può avere anche 100 mila lire o 1 milione in più di reddito rispetto altri. In secondo luogo per i tipi di canoni che vengono fatti pagare, e per la questione degli sfratti. Egregi colleghi, dato che noi non siamo solo dei predicatori, ma siamo una forza politica che sta anche ai dati di fatto concreti per quelli che sono, io desidero in pochi secondi farvi alcuni esempi di come in altre regioni il carattere sociale della casa pubblica si esprime diversamente da quello non sociale impostato in provincia di Bolzano. Noi attendiamo altre documentazioni al riguardo e non ci preoccuperemo di mettere a disposizione dei colleghi se lo ritengono necessario, ma voglio dire che nella regione, governata anche dai comunisti, Toscana ci siamo permessi di fare dei raffronti per alloggio e nucleo familiare a pari condizioni. Ebbene, in provincia di Bolzano, ripeto, identiche condizioni caratteristiche di alloggio e di nucleo familiare, ci sono delle "piccole" differenze che dimostrano come chi ha meno reddito paga meno affitto. Mentre per un alloggio in provincia di Bolzano si pagano 131.000 lire, in Toscana se ne pagano 103.000. Mentre a Bolzano se ne pagano 21, in Toscana 4.800; mentre qui se ne pagano 165.000 lì 102; mentre qui se ne pagano 57, lì 35; mentre qui se ne pagano 60, lì 47; mentre qui se ne pagano 63 lì 6.200; mentre qui se ne pagano 96 lì 69; mentre qui se ne pagano 60, lì 19; mentre qui se ne pagano 43 lì 6.000; mentre qui se ne pagano 82, lì 53.000; qui 87, lì 62.000; qui 64, lì 15; qui 29, lì 3.000; qui 136, lì 86; qui 184, lì 118; qui 185, lì 97; qui 130, lì 64; qui 37, lì 13. Esempi che dimostrano che soprattutto le differenze sono per coloro che pagano poco il che vuol dire in certi casi rapporto 1 a 10 evidentemente dispongono di modesti redditi. In ogni caso le 100.000 lire sono una rarità, ma le 60 o 70 mila lire al mese alla fine dell'anno sono 7-800 mila lire, con i tempi che corrono per le famiglie dei lavoratori sono soldi. Allora chi attua una politica più popolare? Chi è più puniti-

vo rispetto un patrimonio sovente finanziato in gran parte dai lavoratori ecco perché io ritengo siano maturi i tempi per una modifica della gestione dei criteri politici ma anche pratici.

Noi non siamo affatto d'accordo con una politica che prevede lo sfratto in questa entità dall'edilizia pubblica. Non parlo delle punte estreme, parlo del fatto che sono già centinaia oggi, che questi lavoratori sovente sono nelle condizioni dove lavorano marito e moglie, sicché punitivo anche rispetto alla donna lavoratrice, che sovente dal momento dell'accertamento del reddito al momento in cui si dovrebbe dare atto allo sfratto, che lo Stato come può cerca di impedire, qui invece si alimenta, possano essere modificate profondamente le condizioni del nucleo familiare, uno può essere andato in pensione o cassa integrazione o licenziamenti, ma chiedendoci qual è la realtà del mercato in provincia di Bolzano e sapendo dove sbattono la testa, non c'è dubbio che il disegno va oltre il mettere i bisognosi gli uni contro gli altri, sapendo che non si trova casa, qualcuno può pensare che vada addirittura "fuori dalle scatole", questo pensano i cittadini che si trovano in queste condizioni. Mentre noi siamo d'accordo che la graduazione deve intervenire a seconda della capacità contributiva dei cittadini e dunque degli inquilini, ma partendo da un dato sociale che la casa pubblica si differenzia da quella privata solo perché costa di meno, è stata realizzata in modo diverso, non è la casa speculativa del mercato privato.

Da queste considerazioni noi partiamo per dire che c'è un elemento anche punitivo che assume il sapore di classe per mettere nel mercato alloggi pubblici, per criteri adottati nella regolamentazione dei canoni ecc. Ecco per quali ragioni noi riteniamo che anche in modo strumentale ed elettorale non si eseguono gli sfratti ma sono pronte le domande e con questa politica perseguita dalla Giunta provinciale sul serio noi siamo costretti a registrare elementi di crisi dell'autonomia quando non di destabilizzazione per le tensioni che si vengono a generare all'interno dei cittadini e soprattutto per quelli meno abbienti, mentre noi riteniamo che in tempi di crisi quali quelli attuali occorre non solo dare una maggiore copertura sociale verso quelle categorie più esposte dalla crisi, anche tramite la casa, ma anche per dare un avvio di soluzione invertendo radicalmente le attuali politiche verso un pressante e acuto bisogno quale rappresentato da un tetto sul capo per migliaia di cittadini per una vita civile degna di questo nome. Così facendo noi crediamo si possa anche contribuire ad una inversione di tendenza dal punto di vista strettamente produttivo, sapendo noi ancora una volta quanto il settore delle costruzioni sia volano a sua volta per tante altre attività economiche e produttive. Dunque allentare l'attenzione sulla casa significa modificare rotta e speriamo che questa rotta venga individuata anche in un confronto serrato e positivo con le diverse organizzazioni interessate e secondo anche le note indicazioni ovviamente sul piano locale non meno che sul piano generale e nazionale. Segno politico che va profondamente cambiato e a questo riguardo sollecitiamo tutti i cittadini a farlo nei termini

più appropriati, iniziativa, lotta unitaria e organizzata per cambiarne il segno.

Detto questo concludo ribadendo la contrarietà all'impostazione di questo disegno di legge che peggiora la situazione, contrarietà ad una impostazione politica che le forze di maggioranza di questa Giunta provinciale hanno ritenuto finora di perseguire con i risultati che sono sotto gli occhi di tutti noi.

**PASQUALI (Assessore alla tutela dell'ambiente e trasporti - DC):**  
Signor Presidente, signori consiglieri, anche da parte del mio partito si deve cogliere questa occasione per esprimere qualche considerazione diretta a fare il punto della situazione su un problema complesso delicato e difficile come quello della casa. Problema che trova limiti a volte nel suo ordinamento, nel modo come viene proposto, verso le soluzioni che vengono adottate ma quasi sempre trova limiti nei confronti delle disponibilità finanziarie che sono a disposizione. Per noi il problema assume carattere di particolare delicatezza anche per quanto riguarda determinate condizioni che fanno riferimento al nostro ordinamento giuridico all'art. 15 ecc. Credo che l'interesse con cui deve essere seguito il problema sia notevole, l'impegno per cercare di contribuire alla sua soluzione anche continuo, attento e completo. La discussione è stata fino a questo momento dominata e dalla relazione di minoranza che ha presentato il collega D'Ambrosio e dal suo intervento nei confronti del quale esprimo le seguenti considerazioni. Cerco sempre di non fare polemica ma di esprimere le valutazioni che penso facendo sempre uno sforzo di grande razionalità politica, cercando di sfuggire a quelle che sono emozioni verso le quali, soprattutto in un momento come quello che viviamo forse molti di noi si sentono soggetti in vista anche di una particolare condizione politica come quella che viviamo in vista di una elezione importante.

Dalla lettura della sua relazione non si salva niente e nessuno, una indicazione talmente distruttiva di tutta quella che è stata una politica sulla casa e di quelle che sono state le sue componenti di soluzione da non lasciare speranza di ricercare in quello che si è fatto nessun motivo positivo. La domanda che ci si pone immediatamente è cosa diventerebbe la politica della casa se si dovesse dar corso come linea di tendenza alle sollecitazioni che sono indicate nella relazione di minoranza, quella secondo la quale bisogna aumentare i tetti, diminuire gli affitti, tirar fuori soldi. Sono tutte indicazioni che se espresse al di fuori di un quadro politico generale e se soprattutto espresse per suscitare reazioni da parte di opinione pubblica perché inserite in un momento particolarmente adatte a sollecitarle, ognuno fa il suo mestiere e questo è un mestiere. Io cerco di non farlo ma di esprimere razionalmente nel bene e nel male perché sarebbe altrettanto grave da parte mia se incontrassi opposizione a quello che fino a questo momento ho letto e sentito nell'intervento cerco di dirle senza passionalità, con razionalità, che

non devono essere in conclusione un'affermazione che tutto va bene, ma però dico quelle alcune cose che mi sembra fondamentale soprattutto in merito ad un problema importante e grave come questo. In primo luogo mi sembra che non sia giusto non dare atto ad uno sforzo complessivo di carattere finanziario e di ordinamento che è stato espresso in provincia di Bolzano. Non sarebbe generoso non prendere atto di questo se si confrontano i limiti di stanziamento, se questi stanziamenti si confrontano anche con riferimento alle erogazioni che le leggi dello Stato danno, e quindi del supporto importantissimo che il bilancio della Provincia dispone e se si confronta anche con gli altri stanziamenti che a tale proposito erogano le altre regioni a cominciare dalla Provincia di Trento che nel suo bilancio se ben ricordo dispone di 70 miliardi all'anno, circa la metà di quanto dispone la Provincia di Bolzano. Ma naturalmente sappiamo bene che queste cose in un rapporto di dialettica politica non sono sufficienti, questa presa d'atto l'esprimiamo noi nei confronti di un impianto legislativo che l'ordinamento in materia di edilizia agevolata ed economica dispone in provincia di Bolzano e che in quanto tale è di estrema delicatezza ed importanza, perché l'utenza da soddisfare è quella che è ed è un'utenza notevolmente differenziata per quelle che sono le sue caratteristiche di bisogno, le sue esigenze di disporre di un contributo pubblico per godere di questo bene, le cui caratteristiche si sono andate molto differenziando e anche distinguendo negli ultimi anni, da quando circa 10 anni fa si era introdotta questo tipo di cultura politica nel nostro Paese secondo la quale la casa era un bene sociale, secondo la quale l'utenza doveva solo aspettare che intervenisse il bene mai per dare in affitto, mai la possibilità della gestione in proprietà della casa veniva discusso, punto e basta. C'è stata un'evoluzione di principio per cui si è capito che anche l'intervento di principio andava differenziato secondo visioni e prospettive che sono andate radicalmente modificandosi. siamo in presenza di una numerosa utenza che può subire una transizione anche nella sua evoluzione umana, cioè non pronta ad acquisire la proprietà della casa e nei confronti della quale l'ente pubblico deve mettere a disposizione il bene casa, e quindi ci riferiamo a tutti gli alloggi che costruisce l'IPEAA e alla sua utenza. Un secondo intervento era quello destinato al risparmiatore, sia piccolo attraverso il mutuo singolo sia attraverso le cooperative e il terzo grosso intervento era quello del recupero edilizio. C'è stata una innovazione importantissima in questo impianto legislativo che non ha funzionato, è stata la norma sul sussidio casa, attorno alla quale abbiamo sempre discusso poco ma che potrebbe diventare se funzionerà e io mi auguro che con la modifica che viene disposta all'art. 18 veramente si siano superate tutte quelle remore che per ragioni diverse non hanno acconsentito fino a questo momento il suo utilizzo, vuoi per una norma restrittiva per quanto riguardava l'utilizzo del destinatario come caratteristica di alloggio che godeva, vuoi anche per qualche errore che era stato fatto nella definizione della legge per quanto si riferiva al tipo di destinatario ma che attraverso questa legge

dovrebbe venire messa a punto. Si dice che in presenza di destinatari a basso livello di reddito distinti un tipo per la più bassa fascia, un secondo per la seconda fascia, e che si è certamente nelle condizioni di comprendere non essere possibile poter utilizzare del mutuo del piccolo risparmiatore, sembrava politicamente giusto metterlo nelle condizioni di poter disporre di un sussidio pari alla differenza tra l'acquisto del canone provinciale e l'acquisto del canone dell'IPEAA, in poche parole corrispondere a tutti coloro che non erano nelle condizioni di poter usufruire del beneficio casa come bene materiale di un consistente intervento finanziario per cui il beneficio sarebbe stato uguale. E' un principio che se applicato potrebbe anche determinare una correzione radicale nella politica della casa. Purtroppo non ha mai potuto essere stato applicato e ci si augura che con questa legge possa venire applicato e nessuno ha riflettuto a quanto sarebbe l'onere finanziario della Provincia per far fronte ad un servizio di questo genere che è destinato a diventare un onere che può superare largamente i 10-15 miliardi all'anno. E' un fatto dal punto di vista di impostazione politica estremamente interessante e importante, proprio come possibilità di intervento. Dobbiamo constatare che questo non si è verificato e dobbiamo forse anche dire che non sempre siamo stati nelle condizioni nell'indicare gli interventi riferiti alle varie categorie soprattutto al rapporto fra utenza dell'IPEAA per realizzare alloggi per questa fascia di reddito e interventi a favore del piccolo risparmiatore sono stati accompagnati da una visione attenta e precisa sui bisogni, sulle necessità, su un programma di intervento preciso da poter disporre. Abbiamo sentito questa crisi quando a fronte dell'intervento a favore del piccolo risparmiatore, fuori graduatoria e quindi a semplice domanda, e che è stata una cosa a cui l'utenza ha attinto pienamente, questo è il caso di dirlo, senza limitazione alcuna e ci si è resi conto che a fronte di questa possibilità apertissima che la legge offriva, le disponibilità di risorse finanziarie improvvisamente, di fronte all'evolversi della spesa ci si è trovati di fronte a condizioni negative che non consentivano più di aderire a quel modo e quindi alle dolorose sensazioni di fronte alle quali ci si è trovati di limitare la domanda, di modificare la legge ecc. Queste sono condizioni importanti, di riflessione, al tentativo di individuare meglio l'imposizione delle risorse ma anche che a me fanno dire che è arrivato anche il momento di una maggiore e più larga disponibilità di mezzi nei confronti dell'IPEAA che ha risentito negli anni scorsi di una limitazione notevole nei confronti di quella che era stata una libertà notevole concessa in questa seconda fascia. Ci aspettiamo un risultato dall'effetto dell'applicazione che speriamo veramente attraverso questo articolo 18 che io invito tutti a leggere attentamente per evitare che inconsapevolmente si introduca qualche modifica che ne modifichi la sua applicazione come era intervenuto nella precedente dizione, perché secondo me diventa un fatto importante, una novità grossa nella legislazione nostra e nazionale.

Questo volevo dire per dire che tutto sommato da questo punto di vista, salvo le altre novità che potranno venir fuori come il risparmio casa, ma l'impianto di funzionalità, di logica anche politica secondo la quale si interviene nella legislazione provinciale mi pare che sia quella che ho descritto e quindi credo che sia confacente a contribuire a risolvere gli interventi dal punto di vista più generale. Ci troviamo in condizioni che fatta salva l'esperienza, la situazione particolare, talune constatazioni che emergono dalla realtà quotidiana con la quale ci si deve pur sempre confrontare suggeriscono quelle che sono le modifiche, gli interventi, le riflessioni che si possono fare. Mi riferisco al problema della retroattività soprattutto per coloro che in quanto piccoli risparmiatori, in quanto soci di cooperative avessero fruito di un contributo nel 1979, per colpa non loro non fosse stato assegnato il contributo e quindi non sono nella condizione di poter realizzare il bene per il quale il contributo era stato assegnato; il problema delle revoche esiste ed va considerato in maniera diversa da quando era stato istituito, problema che fa riferimento prima di tutto alla qualità di questo inquilinato, gli anziani, reddito fisso ecc. e anche una valutazione diversa dal momento in cui era stato istituito secondo il quale oggi, in mancanza di un mercato alternativo di alloggi non si comprende come la loro sistemazione potrebbe venire assicurata in maniera diversa. Anche questo è un problema che merita di essere esaminato e discusso e che merita di avere una sua risoluzione. Io accenno per sommi capi a quelle che sono talune emergenze più importanti che risultano da una situazione di fatto particolare.

Altra considerazione che mi sembra giusto dover fare è quella che fa riferimento al fabbisogno, problema del quale ha parlato anche D'Ambrosio, che da tempo ci tiene ansiosamente attenti e impegnati a ricercare una soluzione, non solo perché siamo in presenza di un obbligo costituzionale, l'art. 15 è chiaro, corregge se necessario la proporzionale pura da un fabbisogno. Si sta da tempo discutendo e penso che in un prossimo futuro, anche volendo cercare di dare un contributo alla sdrammatizzazione di questo problema, perché secondo me su questo fatto si è aperta una sorta di tensione o di aspettativa forse non corrispondente a quello che potrà essere un risultato oggettivo e razionale di una ricerca, ma che dovrà pur sempre essere basata su principi di certezza, che derivano da uno sforzo di ricerca che bisognerà fare perché bisogna finirla su questa questione che non siamo riusciti a definire in questi ultimi anni ma che crea ulteriore motivo di tensione, fabbisogno quindi sul quale non mi voglio intrattenere lungamente se non per ripetere quelle considerazioni che abbiamo sempre fatto, che fabbisogno può essere determinato dai risultati di un censimento per quanto riguarda il riferimento ai parametri fisici, deve anche essere parametro socio-economico dell'utenza che aspira a questa cosa.

Strettamente legato a questo problema è quello relativo ad un'esigenza di chiarezza e di equità di ripartizione di fondi fra gruppi linguistici diversi, con la comprensione maggiore e più aperta che deve es-



sere data alle esigenze di tutti ma anche con riferimento alla realtà nella quale viviamo che è una realtà politica singolare, che induce a fare queste considerazioni. E' anche giusto valutare dall'entrata in vigore dello Statuto di autonomia, dal 1972 fino ad oggi quali sono state le risorse assegnate e come sono state assegnate per gruppo linguistico. E' un fatto strettamente legato al primo. Si ha l'impressione sulla base di una prima documentazione ancora non definita e completa che la ripartizione abbisogna di una correzione, tenendo conto di tutte le assegnazioni e gli interventi disposti dal 1972 al 1981 perché credo che questa ricognizione sia necessaria farla per decennio con riferimento al censimento linguistico, probabilmente c'è bisogno di un aggiornamento delle valutazioni e quindi degli interventi anche per gruppo linguistico. E questo è un altro aspetto importante che conduce a definire ancora meglio nel modo più importante quelle che sono le assegnazioni attraverso la proporzionale etnica e quelle che sono le modalità di assegnazione ecc. Io non voglio allargare molto il discorso, ma dico che siamo in presenza di questi tre fatti fondamentali: l'esigenza prima di un aggiornamento delle disponibilità. Quando si parla di questo tutti auspichiamo che nel settore dell'edilizia economica agevolata, popolare, la possibilità di intervenire attraverso mezzi finanziari sia la più larga e la più ampia possibile, però gli stanziamenti che stiamo operando in provincia di Bolzano sono di 50 miliardi all'anno. Questi soldi vanno confrontati necessariamente con tutte le altre istanze a fronte delle quali ormai l'autonomia deve far fronte, bisogna fare il maggiore sforzo per cercare di incrementare questo fondo. Una verifica dell'impianto con le condizioni necessarie per rendere sempre più trasparente e aderente ad una realtà che si interpreta ma quando si interpreta questa realtà.

Questa era una considerazione politica che volevo fare. Siamo convinti che l'allargare, l'alzare, il diminuire, lo stringere il cercare di disporre della più ampia liberalità di condizione nei confronti dell'utente pone il serio rischio di commettere una grossa ingiustizia nei confronti di quegli utenti che non godono di nessuna iniziativa da questo punto di vista, o si è nelle condizioni di soddisfare tutto e probabilmente nella prima fascia lo si è attraverso l'intervento del sussidio casa o se questo non avviene purtroppo le regole bisogna disporle perché se così non fosse si viene a creare una sorta di contro partita negativa, di ingiustizia nei confronti di coloro che di nulla godono e che potrebbero godere se la condizione fosse quella di un rispetto rigoroso di una norma qualunque essa sia. E io non dico che queste norme nel loro complesso non abbiano bisogno di una valutazione più attenta e precisa mentre per alcune di queste categorie le esigenze di aggiornamento esiste fin da questo momento e vediamo adesso quali altre proposte si sarà nella condizione di poter promuovere.

Concludo dicendo che il problema della casa rimane grave in provincia di Bolzano come dappertutto. Gli interventi che sono stati disposti e le possibilità che sono state aperte dalla nostra legislazione sono state

notevoli. Ci sono situazioni particolari e ci sono problemi che meritano di essere rivalutati e rivisti. Esistono alcuni problemi di fondo generali come quello della determinazione del fabbisogno e della riagggregazione di quelle che sono alcune risorse sulla base anche di una ricognizione finanziaria che fa riferimento agli interventi fino a questo momento disposti, che devono essere motivo nei prossimi mesi per un aggiornamento di queste valutazioni da esprimere con impegno, con serenità cercando di fare questo grande sforzo che non è solo politico nel senso di ricercare soluzioni fini a loro stesse, ma sforzo politico che abbia riferimento ad una interpretazione non sempre facile, a volte difficile e complessa della nostra realtà.

VORSITZ DES VIZEPRÄSIDENTEN:

MATHIAS LADURNER-PARTHANES

PRESIDENZA DEL VICEPRESIDENTE:

**PRÄSIDENT:** Die Sitzung ist unterbrochen und wird um 15 Uhr fortgesetzt.

ORE 12.40 UHR

-----  
ORE 15.08 UHR

(Namensaufruf - Appello nominale)

**PRÄSIDENT:** Die Sitzung wird fortgesetzt.  
Der Abg. Costalbano hat das Wort.

**COSTALBANO (NS-NL):** Per non far perdere tempo al Consiglio considerando comunque che non ci sono Assessori. Comunque qualcuno riferirà.

Inizio facendo un rilievo che è stato fatto anche in un documento presentato dall'Associazione industriali in cui si fa un'osservazione di metodo, non tanto di merito, circa la stesura di questa legge. Si dice sostanzialmente che solamente un grosso esperto può arrivare a capire tutto l'intreccio di situazioni e capire quelli che sono i momenti cruciali per dare una valutazione complessiva e articolata della legge. Questo è un impegno del Consiglio e degli Assessori stessi che al termine dell'iter di questa legge si arrivi a fare un testo unico in modo da avere un testo organico e che non bisogna essere assolutamente degli esperti. A meno che l'Assessore Benedikter per il prossimo anno non abbia un ulteriore pacchetto di emendamenti all'attuale normativa per cui alla fine non so se varrebbe la pena fare un pacco unico. Nel valutare complessivamente questa legge bisogna valutarla non solo per quello che c'è scritto e per quello che insegna in campi di intervento specifico, quanto anche per quello che non c'è scritto, per impegni che dovrebbero essere stati assunti non direttamente dall'Assessore Benedikter. Mi riferisco ad

una interrogazione che io ho fatto all'Assessore Pasqualin circa gli intendimenti dell'Assessorato in merito alla questione delle aree impegnate per le imprese a carattere produttivo le quali erano state facilitate con dei mutui, hanno acquistato le aree ad un certo prezzo, è intervenuto a quel livello anche un impegno preciso circa gli impegni occupazionali che queste aziende avevano preso, impegni che non sono stati poi mantenuti. L'Assessore Pasqualin in risposta mi diceva che non c'era nessuno strumento legale o giuridico per perseguire queste imprese che di fatto delle grosse speculazioni e basta, non mantenendo fede alle promesse di fondo. Era un impegno che da quanto mi risulta avevano chiesto anche le organizzazioni sindacali e che in questo disegno di legge non trova spazio. Così come c'erano anche altri impegni circa un intervento più razionale e programmato a livello del territorio dell'urbanistica. C'erano problemi che riguardavano gli spazi verdi ecc. In effetti in tutta questa documentazione manca un elemento coordinatore nel senso che non c'è un giudizio generale complessivo dell'ispettore, dopo di che si delineano gli interventi, no, si fanno degli interventi che sono occasionali su determinati settori senza una visione d'insieme. O almeno nella relazione manca una visione d'insieme ma può darsi che nella sua testa l'Assessore Benedikter ce l'abbia, non ho motivo di dubitarne, però non emerge.

Questa legge in effetti, se non è entrata in vigore, di fatto ha già abrogato una legge precedente e già nel passato si era provveduto a sanare con date retroattive una situazione di questo genere. Di fatto l'IPEAA ha ad un certo punto bloccato tutta una serie di domande indicando che le nuove assegnazioni sarebbero state fatte con quanto previsto da questa legge. Credo che sia una procedura inaccettabile perché di fatto tenta di abrogare una legge prima che ne entri in vigore un'altra, per cui anche il Consiglio viene messo in una situazione antipatica di avallare una decisione già presa. Io credo che per quanto mi riguarda una valutazione complessiva del disegno di legge sia molto difficile proprio perché interviene in settori diversi uno dall'altro che non sono poi certamente coordinati, i vari interventi vengono suddivisi e spezzettati per cui un giudizio d'insieme è arduo se non impossibile. La valutazione complessiva della legge non può che andare per quegli articoli che più o meno danno un'indicazione di fondo circa gli orientamenti che possono emergere dal disegno di legge stesso e dalla volontà politica che lo sostiene. In questo senso devo rimarcare che le affermazioni dell'Assessore Pasquali circa il fatto ad esempio che le opposizioni avrebbero detto che in questi anni non si sarebbe fatto niente e che invece esiste un grosso impegno a livello normativo e finanziario, specialmente nel settore dell'edilizia agevolata, tanto è vero che nessuno può prendere atto che questo intervento c'è stato tanto a livello legislativo che finanziario. Sarebbe caso mai considerare dilettevole che questo intervento non ci fosse data la competenza legislativa della Provincia e dati i consistenti mezzi a disposizione della Provincia stessa. Il problema è di verificare la produttività dell'intervento tanto sulla parte normativa tanto su quella

economica per vedere, e qua si può parlare per intuizione, ma certamente non possiamo accettare l'affermazione di Pasquali per cui dal momento che si è fatto si è fatto bene. Io credo ad esempio che si sia fatto male. Già l'impostazione originaria non mi trova consenziente proprio perché il problema di fondo, se di edilizia sociale si tratta, essa deve fare riferimento alle fasce sociali più disagiate e che quindi la politica di fondo deve essere impostata nei confronti di questa categoria che non può essere svolta con il problema della proprietà. Io credo che il problema fondamentale sia quello dell'affitto e se esso fosse stato impostato correttamente fin dall'inizio ci sarebbe un fondo di rotazione che avrebbe favorito molto di più lo sviluppo dell'edilizia agevolata. Io non credo che per quanto ci riguarda noi saremmo stati contrari o vorremmo che la casa fosse in affitto per tutti, gratuita ecc. noi crediamo che se diverso fosse stato l'indirizzo di fondo della gestione probabilmente potevano anche essere diversi gli ordinamenti particolari riguardo i canoni di affitto. Già l'orientamento di fondo di tutta la gestione della normativa e dei suoi interventi non mi trovano consenziente e Pasquali in puro stile democristiano queste cose le dice e non le dice, perché quando dice che ci siamo trovati momentaneamente in difficoltà per cui la questione della proprietà ha indebolito di fatto l'IPEAA. Ma l'ha detto e non l'ha detto, non è molto esplicito nel dire queste cose. In ogni caso è vero che questa situazione si è sviluppata ed è vero che su questa situazione si sono sviluppate anche delle situazioni abnormi. Evidentemente non ci sono solo responsabilità della Provincia, bisogna anche prendere atto ad esempio che la mancata riforma fiscale ha consentito delle situazioni particolari che più volte sono state denunciate e non solamente per quanto riguarda l'edilizia agevolata ma tutta un'altra serie di provvedimenti di carattere sociale, perché ne hanno goduto prevalentemente fasce di reddito che sono evasori e certamente che potenzialmente avevano il potere di trovare, affrontare e risolvere il problema della casa in modo diverso.

Anche in questo disegno di legge i comuni non vengono considerati nella loro autonomia. Nell'intervista oggi concessa dall'Assessore Ferretti sull'Alto Adige ad una domanda l'Assessore precisa che è vero che lo Statuto d'autonomia in fondo prevedeva di delegare competenza da parte della Provincia ai comuni, è altrettanto vero però che i comuni non vorrebbero intervenire tanto è vero che ad esempio per quanto riguarda interventi sulla cultura i comuni non hanno voluto intervenire. Questo è un modo contorto di non rispondere a delle domande precise e di evitare di dare una precisa posizione circa questo problema. I comuni sono posti nella condizione attraverso la politica della Provincia di essere soggetti passivi della programmazione della Provincia e in questo senso c'è un rifiuto da parte dei comuni di assolvere dei compiti che diventano dei compiti imposti autoritariamente dalla Provincia senza nessuna possibilità di intervento abbastanza creativo.

L'Assessore Pasquali ha citato il fatto che ci sono degli interventi che vanno per gli affitti, la proprietà, il risparmio e il sussidio.

C'è una visione diversa che darebbe degli strumenti per una lettura diversa e non solo per le fasce di reddito, ma ad esempio un esame più completo dell'attuale situazione sociale in cui noi viviamo e che riguarda da una parte l'anziano come problema fondamentale della società di oggi ma che è un problema che non si risolve solamente attraverso le fasce di reddito così come non si definisce il problema dei giovani che devono arrivare a formare la famiglia e che non hanno la casa né le disponibilità finanziarie e non trovano sul mercato né attraverso l'edilizia convenzionata sbocchi sufficienti per risolvere il problema della casa. E' vero che si può vedere attraverso punteggi ecc. di favorire o di equilibrare cose di questo genere, ma non è sotto questo criterio che si può determinare la politica della casa oggi, quanto nel riguardo di una situazione particolare che deve essere vista in modo complessivo. Il problema della casa viene visto in sé ma non in rapporto a specifiche situazioni sociali. Così è visto ad esempio il problema delle fasce di reddito e dei coniugi che lavorano per cui due stipendi normali in una famiglia determinano di fatto il non accesso all'edilizia agevolata o quanto meno la caduta rispetto all'appartamento che hanno in affitto. Questa situazione che è di normalità e che è l'unica che consente di arrivare alla proprietà attraverso il risparmio. Si determina una situazione abbastanza insostenibile rispetto al problema dell'accesso alla proprietà da parte di redditi abbastanza bassi. L'Associazione industriali da una parte e le organizzazioni sindacali, sono concordi nel criticare quelle che sono le decisioni preventivate all'interno di questo disegno di legge, così come è criticata la questione dell'abbassamento degli anni di mutuo e il rialzo degli interessi da pagare, proprio perché rispetto ad una reale situazione sociale queste posizioni sono in contrasto con le situazioni sociali e rispetto ad una situazione di crisi si aumentano talmente i costi da ampliare la forbice invece che contenerla. Sono elementi oggettivi di contrasto che non possono essere ignorati e l'Assessore Benedikter nella sua relazione non specifica perché è arrivato a determinare queste cose, a prevedere questi orientamenti all'interno del disegno di legge. Ci devono essere delle ragioni di fondo da confrontare con un certo tipo di realtà, diversamente diventa un intervento non fondato sulla base di un rapporto serio e razionale con la realtà, diventa solamente la volontà pervicace di perseguire un obiettivo magari reale ma che non vuole assolutamente fare i conti con un confronto della società. Sotto questo punto di vista non si può fare il confronto con quelli che sono degli obblighi e degli impegni di carattere legislativo che dovrebbero assolutamente essere fondamentali in questa provincia ed è l'obbligo fondamentale di realizzare e rispettare l'art. 15 dello Statuto d'autonomia almeno per quella parte che riguarda il fabbisogno. Nella formulazione della Commissione è un testo che devo denunciare come un atto prevaricatore dello Statuto d'autonomia, perché quando si dice: "Fino a quando non saranno stabiliti con legge provinciale i criteri unitari per la determinazione dei bisogni dei gruppi linguistici riferita a tutti i settori indicati nel menzionato

art. 15 dello Statuto, la ripartizione dei mezzi di cui sopra avviene in proporzione diretta alla consistenza con il gruppo linguistico quale risulta dalla dichiarazione di appartenenza. E' stata fatta una legge che diceva che in attuazione dell'art. 15 dello Statuto si deve fare un censimento del bisogno in seguito al quale si potranno stabilire e determinare una ripartizione di questi fondi. In 10 anni non si è fatto questo censimento e non si è determinato niente a questo proposito. Non si sono neanche fornite quelle che dovevano essere delle indicazioni abbastanza normali circa la suddivisione degli stanziamenti per gruppi linguistici e nei vari settori di intervento. Si sono date delle cifre sommarie non articolate in modo da capire quale sia stato l'intervento della Provincia nei vari settori articolato per gruppi linguistici. Ora si propone di fatto di accantonare l'applicazione dello Statuto d'autonomia per quanto riguarda l'art. 15. Se prima si diceva: in applicazione di questo arriviamo a prevedere un censimento del bisogno, adesso non si prevede più il censimento, bisogna trovare altri criteri, nel frattempo si applica la proporzionale. Questo è un gioco di prestigio, Assessore Benedikter, ed è inammissibile in questo modo fare politica, non si può far sparire l'art. 15 dello Statuto d'autonomia. Già sul piano legislativo non è accettabile perché per legge si deroga dallo Statuto di autonomia e non si dice per quanto tempo o in che situazione, ma si dice "Fin tanto che". Questo è un elemento per il quale il Commissario del Governo potrebbe respingere questo disegno di legge. Questo è quanto di peggio possa accadere perché se passa un esempio di questo genere, veramente lo Statuto d'autonomia è stato scritto sull'acqua e sono convinto che il censimento non lo si vuole fare perché un censimento vero, reale, secondo dei criteri razionali può sfuggire a qualunque manipolazione e porta dei dati reali che non sono discutibili e nei confronti dei quali bisognerebbe cominciare ad agire concretamente. L'Assessore Pasquali, sempre con il suo solito stile democristiano a questo proposito ha detto che bisogna stare attenti che non si può, dopo anni e anni in cui il criterio del bisogno non è applicato, applicare solamente il criterio del bisogno puro così come viene stabilito attraverso un censimento, bisogna che sia delineato da altri concetti e criteri quali ad esempio i rapporti psicologici addentrandosi in un campo che ha ben poco di oggettivo e che tende a mio avviso a richiudere all'interno della Giunta provinciale, come affermato grosso modo dall'art. 19 o per lo meno da un accordo politico fra DC e SVP, si tratta di una trattativa circa l'applicazione dei parametri del fabbisogno. L'assessore Pasquali da democristiano si precostituisce gli elementi per andare in fondo a questa operazione. Altro che rappresentare gli interessi di un gruppo o comunque rappresentare degli interessi che nascono o che veramente sono fondamentali con quanto affermato dall'Assessore Pasquali e anche dall'Assessore Ferretti di una tutela di una difesa dello Statuto d'autonomia non solamente di un gruppo linguistico. Si accetta una formulazione di questo genere di rinvio dell'applicazione del criterio del fabbisogno presupponendo che questo non deve essere legato

ad un accertamento serio e concreto fisico ma deve essere commisurato attraverso una trattativa di fatto che deve avvenire fra le due forze politiche. Questo é il disegno di fondo che caratterizza la volontà politica di questo disegno di legge ed é una cosa inaccettabile per la gravità del disegno politico che nasconde dietro. Questo é l'elemento caratterizzante tutto il disegno di legge perché é qua che sulla base dei principi che non sono provvedimenti legislativi particolari ma che portano e mettono in causa principi di fondo debba essere fatta una valutazione di fondo sia sul piano politico sia sul piano dell'attuazione pratica perché poi questi principi stabiliti dall'art. 19 sono quelli che poi determineranno tutto il resto, e su questo terreno una valutazione deve essere fatta in maniera negativa e pericolosa.

Mi fermo qua salvo esaminare nel proseguo del dibattito se é necessario un ulteriore approfondimento e un ulteriore allargamento del dibattito in maniera più articolata.

**LUNGER (PDU):** Geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte gleich vorwegnehmen, daß ich jetzt nur zu einem Teil dieses Gesetzesentwurfes sprechen werde und in einem zweiten Mal zu anderen Teilen, und zwar möchte ich mich zuerst allgemein mit der Gesetzgebungstechnik und -praxis auf diesem Gebiete in Südtirol seit Bestehen des Wohnbaureformgesetzes beschäftigen, dann mit den Änderungen zur Landesbauordnung, Landesraumordnungsgesetz und zur Baurechtsreform mit LEP-Folgesetzen und Wiedergewinnungsbestimmungen, während ich zum geförderten Wohnbau, Wohnbaureform und Wohnbauförderung ein anderes Mal, bei der zweiten Intervention, sprechen werde.

Wir stehen nun vor der 13. Änderung des Wohnbaureformgesetzes seit dessen Bestehen. Wie alle wissen, ist das Wohnbaureformgesetz am 6. September 1972, also praktisch fast auf den Tag genau vor 11 Jahren in Kraft getreten und wir haben hier die 13. Änderung dieses Gesetzes. Durchschnittlich mehr als eine im Jahr. Im Jahre 1978 z.B. waren es deren drei, in einem einzigen Jahr. Nun, ich meine, eine derartige Praxis oder diese Tatsache spricht schon für sich, nämlich ist ein Zeichen von unglaublicher Wirklichkeitsfremdheit, von weitgehender Unfähigkeit, ein geordnetes, systematisches Gesetz auf einem Gebiete zu erlassen. Meine Herren, das sage nicht ich allein, sondern das sagt in einem Urteil ein Gremium, das sicher hier mehr Autorität hat, nämlich der Staatsrat hat vor zwei Jahren in einem Urteil Ihnen, Herr Assessor Benedikter, ich glaube wohl das negativste Urteil präsentiert, das ein Gesetzesmacher nur bekommen kann. Er hat dem Sinn nach so geschrieben, daß von einer organischen Regelung einer Materie keine Spur sein kann, daß da eben sozusagen gelegentlich nach den Bedürfnissen des Tages wieder Änderungen angebracht werden, aber von einer systematischen Gesetzgebung - Technik und Planung - keine Rede. Also mit einem Worte, ein unglaubliches Gesetzeschaos. Die Folge ist auch, daß sich bald niemand mehr, nicht einmal mehr die Fachleute, auskennen. Denn ein derartiges Gesetzeschaos, das Sie, Herr Lan-

desrat Benedikter, den Südtirolern dauernd präsentieren, das sucht sicher in Europa seinesgleichen. Weiters möchte ich noch darauf hinweisen, daß mit diesem Stück Papier sieben bestehende Gesetze geändert werden sollen. Wobei, wenn man die Jahre her etwas systematischer gearbeitet hätte, von diesen sieben zwei sein könnten. Nämlich, man könnte in ein größeres systematisches Gesetz hineingeben: Landesraumordnung, Baurechtsreform und Wiedergewinnung. Alles andere könnte man in ein zweites Gesetz, Wohnbaureform und Wohnungsförderung hineingeben. Das sind Gebiete, die inhaltlich zusammengehören. Ein systematisches Gesetz mit mehreren Titeln könnte, also in zwei solchen großen Gesetzen könnte alles systematisch sein. Aber das ist es nicht. Warum nicht? Warum haben wir wieder sieben Gesetze? Weil es bei den bisherigen Änderungen fast immer so war und wie es auch hier wieder der Fall ist, daß zwar der Großteil des Änderungsgesetzes Änderungen zu bestehenden Gesetzen beinhaltet, aber immer bleiben dann, oder fast immer, drei, vier, fünf Artikel als Übergangsbestimmungen, als Rumpfbestimmungen in dem Gesetz übrig, so daß man wieder einmal irgendwo ein Teilgesetzchen mit ein paar Artikeln vorfindet. Auch diese Restartikel könnten als Zusatzartikel in bestehende Gesetze eingefügt werden, dann wäre die Sache ein bißchen systematischer. Aber wie gesagt, hier kann man bei dieser Gesetzgebungstechnik nicht mehr von systematisch reden, denn das ist nur mehr Chaos ohne Grenzen, wofür es in Europa kein Vorbild gibt in diesem Ausmaße, nirgends, auch in den anderen Regionen nicht.

Wie hier gearbeitet wird zeigen auch noch andere Sachen. Z.B. ist im Landesraumordnungsgesetz seit 13 Jahren, seit 1970 immer wieder oder immer noch und immer neu von einem sogenannten Landesraumordnungsplan die Rede. Seit 13 Jahren haben wir da einige Artikel, die bestimmen, wie der Landesraumordnungsplan zu erstellen ist, was er zu beinhalten hat, wie er zu ändern ist. Es gibt aber in Südtirol bis jetzt keinen. Wollen Sie nicht einmal, Herr Landesrat Benedikter, diese Bestimmungen herausnehmen oder endlich etwas tun in diesem Punkt? Sie machen sich ja lächerlich. Weiters ist da wiederholt die Rede von gemeinsamen Plänen mehrerer Gemeinden. Wo hat es das bisher gegeben? Nirgends. Oder dann ist in anderen Punkten die Rede, bei Enteignung und beim Wohnbaureformgesetz, daß Gemeinschaften, übergemeindliche Gemeinschaften Enteignungsanträge stellen können. Wahrscheinlich könnte man nur die Talgemeinschaften meinen. Aber die Talgemeinschaften haben bei uns nicht die Möglichkeit, nachdem sie ja nur gewisse Verwaltungskompetenzen delegiert bekommen haben, weil sie nicht demokratisch gewählt sind. Die Volkspartei weigert sich ja, eine demokratische Wahl der Gremien der Bezirksgemeinschaften durchzuführen, wie das im Trentino ist, und mit Recht wird dann eine weitere Ausdehnung der Kompetenz dieser Bezirksgemeinschaften verweigert, da sie keine Spiegelung eines demokratisch zusammengesetzten Organs darstellen. Von der Regierungspartei werden die Verwaltungsorgane bestellt und ausgefüllt. Es ist keine Kontrolle in diesen Gremien von einer politischen Opposition möglich, weil sie eben nicht vom Volk gewählt werden, diese Gremien, so-



mit ist es richtig, daß von Rom eine weitere Ausdehnung der Kompetenzen und Zuständigkeiten dieser Bezirksgemeinschaften verwehrt wird. Aber wie gesagt, trotzdem ist da immer schon auch seit 11 Jahren von diesen Möglichkeiten drinnen irgendwie die Rede im Zusammenhang, daß Sachen von übergemeindlichen Gemeinschaften gemacht werden können, was mehr oder weniger natürlich auch toter Buchstabe bis jetzt geblieben ist.

Nun einige Gedanken zur Landesraumordnung, zum LEP. Schon seit mehr als einem Jahr, seit zwei Jahren sicher schon, fordern die Wirtschaftsverbände eine Überarbeitung gewisser LEP-Grundsätze und wir haben schon vor eineinhalb Jahren die ersten Entwürfe bekommen, in die Hand bekommen für eine gewisse Änderung, jetzt sind wir nun dabei. Es ist da sicher notwendig, daß die Forderungen, in einigen Punkten gerechte Forderungen der Wirtschaft mit den Forderungen des Umweltschutzes usw. in Einklang gebracht werden, in vernünftigem Einklang, und daß den besonderen Situationen Rechnung getragen wird. Ich muß da sagen, ich möchte auch das Positive anerkennen, daß hier sicherlich einige Punkte drinnen sind, die sowohl den Forderungen der, ich glaube auch der Wirtschaftsverbände, jedenfalls einer vernünftigen Wirtschaftspolitik genüge tun und auch LEP-konform sind. Z.B. die Bestimmung, die eine erweiterte Möglichkeit vorsieht der Erweiterung bestehender Handwerkshandelsbetriebe in A-Zonen, in Wiedergewinnungszonen usw. Dies ist aber ein Punkt, den wir von der Partei der Unabhängigen seit Jahren fordern. Es ist gut, daß er jetzt endlich, daß er zum Teil wieder berücksichtigt wird, aber das haben wir seit Jahren gefordert, denn man hat ja die 70er Jahre fast ausschließlich eine Politik betrieben, die darauf ausgerichtet war, die Handwerksbetriebe so weit wie nur möglich aus den Ortskernen, aus den Ortschaften, aus den A-Zonen auszusiedeln in eigene Handwerkszonen. Den extremsten Fall in dieser Politik, also die Vertreibung der Handwerker aus den Ortschaften, haben wir sicher in Algund erlebt, wo ein Mechaniker - die von seiner Mutter gemietete Werkstätte war im Dorf - in die Handwerkerzone gehen wollte und die Gemeinde nach einem bestimmten Moment, den Weg, die Prozedur blockiert hat, weil sie sagte, zuerst muß er die Verpflichtung bringen, daß die alte Werkstätte nicht mehr für handwerkliche Tätigkeiten benützt wird. Dies konnte er aber nicht, weil die ihm ja gar nicht gehörte und die Mutter sich mit Recht geweigert hat, eine solche Erklärung abzugeben, weil sie sagt, ich habe mich zu nichts verpflichtet und ich brauche das nicht. Damit sind ihm über ein Jahr Schwierigkeiten gemacht worden. Ich habe dann eine Anfrage gemacht, aber natürlich das Amt Benedikter hat dann der Gemeinde recht gegeben. Das war das absurdeste und wirklich sinnloseste Beispiel, wie man krampfhaft versucht hat, die Handwerker aus einem Dorfe hinauszuekeln, möchte ich sagen, in eigene Handwerkerzonen, für sich sollten sie sein. Sicherlich war damals in den 70er Jahren allgemein eine Tendenz auf dem Gebiete des Bauwesens in Richtung von Neubauten. Sanieren war damals von seiten der Landesverwaltung und auch, durchschnittlich wenigstens, von seiten der Planer und Architekten nicht gefragt. Man hat überall nur versucht neu zu bauen. Auf dem Gebiete des

Wohnbaues, aber die Tendenz und die Politik war darauf ausgerichtet alles neu zu bauen, habe ich gesagt. Aber es ist nicht saniert worden, oder kaum, ganz im geringen Ausmaße. Das ist die Tatsache. Und gerade was Sanieren betrifft kann ich Ihnen sagen, daß gerade in den 70er Jahren deswegen auch ganz wenig saniert wurde, wenn wir von einem Paradebeispiel, das er zeigen hat wollen, Glurns absehen, weil die Leute im Durchschnitt nur schikaniert worden sind. Zuerst hat es die Vorschrift gegeben über Sanierungspläne, dann über Wiedergewinnungspläne, dann über Durchführungspläne, vom Planen ist man nicht mehr herausgekommen, wer aber sanieren wollte, wurde im Durchschnitt schikaniert und behindert. Das war die Tatsache, meine Herren. Wenn es auch die Beiträge gegeben hat, aber es wurde wenigstens saniert und noch dazu war eben die Tendenz allgemein ausgerichtet auf neu zu bauen. Schauen wir einmal, was die öffentliche Hand getan hat, sowohl beim Wohnbau wie bei Schulen, bei Gemeindehäusern, fast überall wurde nur enteignet, neu gebaut und die alten Sachen wurden stehen gelassen, zum Teil sogar verkauft, wie das Mölten gemacht hat, das hat ein neues Gemeindehaus bauen müssen und das alte wurde verkauft anstatt das alte zu sanieren. So wurde gearbeitet. Sicher waren dabei auch riesige Spekulationen dahinter, denn es ist nun einmal eine Tatsache, daß der Bau eines neuen Gebäudes mehr oder weniger für alle interessanter ist, für die Architekten in erster Linie, für andere auch, denn bei der Sanierung sind die Infrastrukturen normalerweise schon da. D.h. es braucht dort kaum Baggerfirmen z.B. usw. Es war da also eine Kette von Interessen, zum Teil von Spekulationen, Geld war damals auch genug und wenn es nicht war, hat man Schulden gemacht, wie sich jetzt im reichen Ausmaße, wie sich jetzt herausgestellt hat, kurzum, es war alles ausgerichtet ins Neubauen und das Bestehende wurde möglichst links liegen gelassen.

Ich weiß da einen Fall, wie die Leute schikaniert worden sind, z.B. damals war ja die Bestimmung, daß vor Bestehen, vor Ausarbeitung und Genehmigung des Sanierungsplanes nur wenig gemacht werden konnte. Z.B. war ein konkreter Fall, den ich selber kenne im Sarntal, wo einer die Ermächtigung bekommen hat, sein Gasthaus zu sanieren, natürlich nicht abzubauen. Dann, im Laufe der Arbeiten hat die Baufirma gesehen, daß eine Mauer ziemlich morsch war und gesagt, reißen wir sie schnell nieder und bauen wir sie gleich auf. Dem wurde das eingestellt und mehrere Jahre ist das so gestanden, bis der Plan dann genehmigt worden ist. Erst jetzt in jüngster Zeit, wie in Taufers im Münstertal, wo es um den Vizebürgermeister geht, der kann eine ganze Front abreißen, der kann auch 40, 50 cm höher bauen als das Projekt genehmigt wurde, wenn man dann an den Landesrat Benedikter eine Anfrage richtet, dann ist in der Antwort zwar zugegeben, daß er das gemacht hat, aber dann heißt es, es ist nicht im öffentlichen Interesse, daß da etwas dagegen getan wird.

KASERER (SVP): (Unterbricht)

LUNGER (PDU): Sanieren nicht, nur falsch ist, daß man den anderen fuchst und jahrelang blockiert, den anderen aber, der kann sogar höher bauen als ihm genehmigt wird, weil es der Herr Vizebürgermeister ist, darf er es tun. Das ist diese Parteienvetternwirtschaft und ungleiche Behandlung. Deswegen begrüße ich, daß jetzt hier die Möglichkeiten einer Sanierung, bevor ein genehmigter Plan da ist, wieder erweitert werden, nämlich, ich bin immer dafür gewesen, nur habt ihr das bisher nicht im Gesetz gehabt und duldet es offensichtlich nur bei einigen eurer Parteifreunde, sonst wurden die Leute nämlich schikaniert. Das ist der Unterschied. Ich bin dafür, daß das alle dürfen, nicht nur einige SVP-Bonzen. Das ist mein Standpunkt und das ist der Unterschied.

Damals dann war auch und das ist leider noch nicht im neuen Entwurf geändert, damals vor 11 Jahren wurde dann auch das System der Enteignung und Zuweisung der Produktionsgründe, Handwerks-, Handels- und Industriezonen eingeführt. Das möchte ich gleich vorwegnehmen. Meines Erachtens, das habe ich immer gesagt und werde es wohl auch immer sagen, ist dieses System ein System der Planwirtschaft nach kommunistischer Ausrichtung. Denn was beinhaltet dieses System der Enteignung der Produktionsgründe. Einerseits natürlich einen ganz groben und meines Erachtens absolut ungerechtfertigten Eingriff in das Privateigentum, denn wenn einer bauen will, dann soll er eben hingehen, wie es in Österreich, Deutschland und der Schweiz ist, obwohl in Österreich sozialistische Regierung ist, ist es immer noch so, daß zwar Handwerkerzonen ausgewiesen werden, wer aber Interesse hat zu bauen, Unternehmer, der mußte zu den Grundeigentümern gehen und den Grund kaufen wie der Marktwert ist. Hier aber wird enteignet und dann zugewiesen. Der zweite Gesichtspunkt ist der, daß dann keine freie, wirklich freie Unternehmertätigkeit und -initiative mehr möglich ist. Denn es ist ja so und solche Fälle hat es genügend gegeben, daß dann die öffentliche Hand, sei es der Landesauschuß bei Zonen von Landesinteresse, seien es sonst die Gemeindeausschüsse erst entscheiden, wer einen Grund zugewiesen bekommt. Es ist also nicht so, daß derjenige, der sich interessiert um einen Grund, tüchtig ist, kauft, unbedingt einen Grund bekommt, sondern der, so war es wenigstens weitgehend in den 70er Jahren, derjenige, der entweder das richtige Parteibuch oder die besseren Beziehungen hat, der hat in erster Linie einen Grund bekommen. D.h. es ist dies eine Machtfülle in der Hand der öffentlichen Hand, die einer Planwirtschaft gleichkommt, denn es wird hier bestimmt, nicht nur wer baut, einzelne Personen, sondern auch wird zum Teil bestimmt welche Richtung, welche Art von Betrieb aufgebaut wird. Ein Plansystem östlicher Prägung und darüber vor allem eine unglaubliche Machtfülle, die absolut mit einer freien sozialen Marktwirtschaft unvereinbar ist.

Die Art des Gebrauches oder oft Mißbrauches dieser Machtbefugnisse zeigt sich allerdings schon. Denn wie schon gesagt, oft war damals in den 70er Jahren als Kriterium für die Zuweisung nicht etwa die Tüchtigkeit,

sondern eben die Beziehung maßgebend. Und wie sich jetzt zeigt ist es auch und zwar muß man sagen Gott sei Dank auch in Südtirol so, daß es nicht genügt, das SVP-Parteibuch oder genügend Beziehungen zu haben, um imstande zu sein, auch in schwierigen Zeiten einen Betrieb ordentlich und erfolgreich zu führen. Man hat genügend gesehen, wie viele solcher Unternehmer, die diese Gründe zugewiesen bekommen haben, dann auf Schulden gebaut haben und gemeint haben es geht alles, jetzt in Schwierigkeiten sind, zum Teil schon in Konkurs gegangen sind und es kommen die nächsten Jahre noch welche, die von vorneherein nicht die Voraussetzung, die Fähigkeiten hatten, einen Betrieb selbständig zu führen. Aber damals meinte man eben, jeder, der den Grund bekommt, den Segen gewisser SVP-Herren bekommt, der muß schon fähig sein das zu führen. Aber wie gesagt, die Folgen dieser falschen Einstellung, die zeigen sich eben jetzt in Zeiten, wo es schwieriger geworden ist, einen Betrieb zu führen, denn damals war es insofern nicht schwierig, weil ja eine Überkonjunktur war, daß sich kein Handwerker mehr erwehrt hat vor Arbeit, man hat fast keinen Handwerker mehr bekommen. Dann ist leicht zu arbeiten, damals war das Geldmachen leicht, leicht Schuldenmachen, da ist es eine Zeitlang gegangen, jetzt ist die Situation anders geworden.

Was das Enteignungssystem betrifft, so hat damals Landesrat Benedikter selber erklärt, daß Südtirol die Enteignungen energischer in die Hand genommen hat als im übrigen Italien, damit hat er zugegeben, daß selbst in den kommunistisch regierten Regionen, wie eben Emilia Romagna usw. daß dort nicht so radikal und rücksichtslos enteignet worden ist wie damals bei uns. In der Zwischenzeit ist dies besser geworden, zum Teil auch aus Einsicht ein bißchen, mehr noch allerdings wegen des Wirtschaftsrückganges, auch die Entschädigungen sind besser geworden als sie am Anfang waren, das muß zugegeben werden, obwohl sie, was die Baugründe betrifft, immer noch absolut unzureichend sind und absolut nicht den Kriterien, den objektiven Kriterien entsprechen, aber auch das wird sich, bin ich überzeugt, bald noch ändern. Ganz ungerecht ist allerdings das System, das Landesrat Benedikter eingeführt hat, wonach, wenn einer die Enteignungsentschädigung anfechtet und die Gemeinde nicht, daß das Geld dann hinterlegt bleibt bis zur Entscheidung dieses Verfahrens. Früher hat in solchen Fällen die geschätzte Summe, ohne 10% ausgezahlt werden können und das ist richtig, denn weniger wird es nie mehr. Somit ist es sinnlos, daß das Geld zwei Jahre liegen bleibt in der Bank, bei dieser Inflation, wenn es auch Zinsen trägt. Das ist nur eine Schikane, um einem die Ausübung seines Rechtes, die Sache anzufechten, schwieriger zu machen. Man sieht aber daraus die wirklich ziemlich undemokratische Einstellung und eine Einstellung Assessor Benediktters, die ganz eindeutig gegen den demokratischen Rechtsstaat mit Schutz der Gerichtsbarkeit gerichtet ist. Also möglichst schwierig machen die Ausübung der Rechte, die Gerichtsbarkeit um sein Recht anzurufen. Wie schon kurz erwähnt, das ganze Kapitel der Wiedergewinnung, Sanierung ist eines der traurigsten Kapitel, das Südtirol im letzten Jahrzehnt durchgemacht hat. Saniert wurde verhältnismäßig

im letzten Jahrzehnt ganz wenig, denn wie schon gesagt, damals wurde geplant und noch einmal geplant, aber viele die sanieren wollten, wurden über Jahre schikaniert und behindert anstatt gefördert.

Sicher ist auch in der Zwischenzeit und das ist positiv hervorzuheben, daß neuerdings ein Versuch unternommen wird, die Altbausanierung verstärkt zu fördern als bisher und eben die bürokratischen Hindernisse, die Schikanen von der Planerei her abzubauen. Das sehe ich eben in dem Punkt, wo eben festgelegt wird, daß auch vor Genehmigung des Planes mehr saniert und getan werden kann als bisher. D.h. mit anderen Worten, daß man zugibt, daß man mit dieser Planerei nicht recht weiterkommt, daß diese Planerei die Leute sicher mehr oft behindert als fördert, denn sonst müßte man diese Bestimmung nicht einfügen. Das ist indirekt auch ein Zugeständnis, daß dieses System einen absoluten Schiffbruch weitgehend wenigstens erlitten hatte.

Ein weiteres Erscheinungsbild der 70er Jahre war, daß öffentliche oder halböffentliche Bauten zum Teil viel zu groß gebaut wurden. Das gilt nicht nur für manche Schulhäuser. Ich erinnere momentan nur an das riesige Schulhaus von Leifers, das die Gemeinde jetzt kaum noch in der Lage ist fertigzubauen, das viel zu groß ist, aber auch in verschiedensten Dörfern ist das geschehen, daß jetzt schon Räume leerstehen. Ich erinnere aber auch zum Teil an sicher viel zu große Hallenschwimmbäder in Orten, wo sie entweder nicht in dieser Größe, sondern vielleicht gar nicht notwendig gewesen wären, die jetzt jährlich riesiges Defizit bringen, z.B. das Hallenschwimmbad in Graun, auf 1500 m, noch dazu auf drei Seiten offen, nur mit Glas verkleidet, wenn man vorbeifährt, dann sieht man meistens drei, vier, fünf Leute drinnen; daß das bei 1500 m, dazu noch so schlecht isoliert, daß einen riesigen Aufwand an Energie, an Heizung fordert, ist gar kein Zweifel, und daß das ein dauerndes riesiges Defizit schon jetzt war, die letzten Jahre und noch werden wird, ist außer Zweifel, d.h. der Steuerzahler zahlt hier riesige Summen jährlich für einige ganz wenige Leute, die da schwimmen gehen, denn es sind wirklich in diesen Orten, wie schon die Erfahrung gezeigt hat, ganz wenige. Offensichtlich will man da mit dieser Bestimmung, die hier da vorgesehen ist, daß also gewisse öffentliche Einrichtungen auch von Privaten gemacht werden können, wohl auf diese Sachen hinweisen, wo also private Aktiengesellschaften solche Sportanlagen, Hallenbäder usw. wie Kastelruth oben Tennishalle machen können auf enteigneten Grundstücken. Gegen diese Bestimmung bin ich grundsätzlich, denn daß dahinter zum Teil wenigstens Spekulationen stehen ist außer Zweifel und die Sache ist dann, wie sich in den meisten Orten, besonders in Mals gezeigt hat, daß dann doch die Gemeinde den Großteil zahlen muß, dort hat die Gemeinde jetzt schon über 700 Millionen Aktien gekauft, weil es sonst einfach nicht geht. Doch dann die Gemeinde, die das Defizit dieser privaten Gesellschaft, wo einige Herren dabei sind und es sicher nicht umsonst tun werden, tragen muß.

Das war sicher eine Politik, die von Größenwahn getragen war und zum Teil noch getragen ist, wenn man oben in Kastelruth auf den Protest

eines Großteils der Bevölkerung sieht, aber da sind gewisse Spekulationen und Privatinteressen dahinter, wenn da Hunderte Millionen Steuergelder hineingepulvert und verpulvert zum Teil werden für einige wenige, dann spielt das keine Rolle, Hauptsache, gewisse Herren können ihren Kopf durchsetzen, bzw. ihre Spekulation auf Kosten und auf dem Rücken der Allgemeinheit und der Steuerzahler durchdrücken. Aber ich bin überzeugt, daß es nicht mehr lange dauern wird, daß auch auf diesem Gebiete so manche Herren noch etwas dazulernen werden und nachgeben werden, wenn eben die Knappheit der öffentlichen Gelder, wie sich jetzt in den letzten zwei drei Jahren gezeigt hat, verbleibt und jeder, der keinen großen Weitblick hat sieht voraus, daß sie nicht nur so bleiben wird, sondern noch größer werden wird. Dann werden auch manche dieser Größenwahnprojekte doch, glaube ich, noch ein bißchen bescheidener werden und manche Herren doch ein bißchen überlegen müssen.

Zu den weiteren Punkten der Wohnbauförderung und zum Verhalten auch bestimmter Ämter des Assessorates werde ich in einer zweiten Intervention zu sprechen kommen.

**MITOLO (MSI-DN):** Signor Presidente, egregi colleghi, non c'è dubbio che il tema che stiamo trattando desta in tutti noi serie preoccupazioni perché dobbiamo constatare ogni giorno le difficoltà che proprio in questo settore si trascinano ormai da decenni. Io devo dire con amarezza, non perché appartenga alla categoria di coloro i quali godono delle difficoltà altrui o perché essendo all'opposizione mi posso permettere il lusso di dire tanto peggio o tanto meglio, che un certo tipo di discorso che viene fatto da tutte le parti politiche in fondo dura ormai da trentacinque anni. Io ricordo le discussioni che facevamo in consiglio comunale i primi anni per i problemi della ricostruzione naturalmente che allora urgevano, successivamente sempre per il problema della casa e ho sempre sentito fare un certo tipo di discorso. Alla fine, mentre da parte dei partiti di governo venivano frasi, incitamenti e speranza a credere che lo sforzo che si stava compiendo sarebbe stato certamente premiato anche in tempi brevi con la soluzione di questo tristissimo e delicatissimo problema, da parte dell'opposizione si doveva constatare periodicamente che quelle erano frasi che tradivano il desiderio di risolvere una volta per tutte il problema della casa ma che poi dovevano fare i conti con la realtà che andava sempre più diventando complessa e difficile da affrontare a mano a mano che nel Paese e in particolare nella provincia di Bolzano si sviluppava un certo tipo di politica collegata ovviamente alla politica nazionale, dipendente dalla politica nazionale, condizionata dalla politica dei governi che andavano sviluppando la loro attività ma purtroppo ancora oggi ci conduce tutti quanti a dover ammettere, lo ha detto questa mattina un autorevole esponente della Giunta e credo che l'Assessore Benedikter non lo potrà negare, a constatare che ancora oggi il problema della casa è lungi dall'aver una prospettiva di soluzione. Allora dobbiamo anche distinguere le rispettive posizioni. Io non voglio

dire che non si è fatto niente, non voglio neanche dire e negare gli sforzi che sono stati fatti, ma debbo constatare ancora una volta che questi sforzi, questi impegni, questo tipo di politica, non è riuscito naturalmente a risolvere il problema di fondo ma soprattutto non è riuscito a fare giustizia, non è riuscito ad affrontare e risolvere la radice del problema che è prima di tutto connessa al bisogno nella nostra provincia, per cui per esempio andando in giro per le cittadine dell'Alto Adige si constata sì che ci sono stati interventi, ma ci sorge il dubbio spesso che quegli interventi potevano essere rinviati perché effettivamente necessità non c'era. Mentre si poteva concentrare nei centri maggiori soprattutto a Bolzano uno sforzo più completo e soprattutto si potevano impegnare nelle città maggiori fondi, maggiori non per risolvere completamente e per ignorare tutto il resto, ma per avviare a limiti decenti, accettabili, la carenza di alloggi e quindi per avviare ad una prospettiva di successo quella che è sempre stata l'aspirazione di tutti. Io devo dare atto a tutti di essere sensibili, preoccupati, impegnati ciascuno dalle proprie posizioni ma debbo anche constatare come ho detto poco fa che per quanti sforzi siano stati fatti, ancora oggi il problema è sul tappeto ed è diventato più complesso che mai per effetto del variare della situazione economica, per effetto dell'inflazione, per effetto di tutta la situazione economica generale della nostra Nazione e in particolare è aggravato proprio qui in provincia di Bolzano dalla ben nota situazione che deriva ed è condizionata dall'applicazione della proporzionale etnica.

Non voglio ripetere i lunghi discorsi e altri interventi che sono ben noti per chi conosce le posizioni del MSI, solo mi meraviglia che ancora oggi a distanza di nove anni non si sia riusciti - pure i mezzi c'erano in particolare per coloro i quali amministrano e sono alla parte del governo della provincia - a dare una risposta esatta a questo problema del fabbisogno per gruppi etnici. Oggi si dice nell'ennesima legge che ci viene presentata, la tredicesima ha detto poc'anzi il collega Lunger, la tredicesima variazione sull'argomento, il 13 si dice porti fortuna Assessore Benedikter, Le auguro, nonostante non abbiamo molti motivi di convergenza, di aver fortuna con questa, ma ancora oggi noi in fondo discutiamo su un'ipotesi e probabilmente su valutazioni che possono essere dominate più che altro da una posizione ideologica se vogliamo, e stamattina abbiamo avuto dall'intervento del collega D'Ambrosio un esempio eclatante di come la posizione ideologica influisca nella valutazione del tema più generale. Ecco che non riesco a capire perché si dice nella legge che non faremo un censimento del fabbisogno perché ci serviremo dei dati dell'ultimo censimento. E' chiaro che l'ultimo censimento dei dati ce li dá ma ci dá dei numeri, non ci dá chiaramente la situazione socio-economica, non ci dá in effetti la realtà quale dovremmo poter conoscere per poter operare, perché se non si conosce esattamente la situazione del gruppo etnico e se non si conosce nemmeno che cosa in effetti in questi anni è stato distribuito a vario titolo e in qualche caso abbondando in

elargizioni a certe categorie e mancando nei confronti di altre più deboli, se non si conoscono questi dati non si può chiaramente arrivare ad impostare una politica equa in questo campo e in questo settore e continuiamo ad agire per tentativi, anche nel pericolo di una politica clientelare. Questo non dovrebbe essere. Ci sono certe situazioni che lasciano perplessi, come quando per esempio ritornando al discorso delle osservazioni che si possono fare andando in provincia si vedono belle case che probabilmente sono state costruite con una certa larghezza, che espongono certi cartelli tipo "Zimmer frei" per cui in qualche caso si ha il sospetto Assessore, io non sono andato a fare un'indagine precisa, che in qualche abitazione dell'Istituto Case Popolari dove si presume dovrebbero essere locali appena sufficienti a contenere le famiglie si facciano dei Garni. Può darsi che io esageri, però non credo tanto. Non sono andato a controllare perché non sono un agente di polizia, però i cartelli "Zimmer frei" li ho visti. Sarò più preciso, ma si ha a volte questa sensazione che in certi posti il tipo di costruzione sia stata eccessivamente lussuosa, poteva essere risparmiato qualche cosa per risolvere in altri casi il problema che è sempre più difficile e molto delicato.

Con questa proposta che ci viene, in particolare si dà largo spazio alle attività di ricupero, di risanamento, e ho notato dalle osservazioni che ha fatto l'Associazione Industriali anche con una certa sorpresa che in fondo viene apprezzata questa legge e che ci sono alcune variazioni che possono essere giudicate positive, tipo gli articoli 57 e 58. Ma se io dovessi dire che proprio questa legge in sostanza, in questo momento di crisi dell'edilizia in provincia di Bolzano perché esistono dati precisi, e mi pare che anche in questo senso allorché si è tenuto quel convegno sull'industria degli anni 80 qui in questa sala il Presidente dell'Associazione costruzioni edili ing. Menegazzo nel suo intervento ne abbia apprezzato e abbia lasciato dei dati precisi, in questo momento di crisi non penso che questa legge così come è congegnata possa riuscire a garantire di uscire da questa situazione, intanto perché si ferma soltanto ad un aspetto della crisi. Le altre variazioni che vengono prospettate come quelle che si riferiscono al sussidio casa e come quelle che si riferiscono alle modifiche per i volumi e per le superfici minime nel famoso 60% del terreno che viene lasciato a disposizione di colui che acquista un terreno per edificare sono soltanto modesti incentivi e non credo che possano essere considerate delle pietre miliari nell'affrontare il problema, però sono qualche cosa. Resta un dato che se è vero, e mi è stato riferito, è ancora qualcosa di allucinante. All'IPEAA giacciono 3000 domande di richiesta di alloggi. In particolare mi si dice che per lo meno 2/3 è costituita da richieste di cittadini del gruppo di lingua italiana. Allora dove sta il nocciolo del problema? Nella necessità di costruire evidentemente e noi dobbiamo constatare che ormai da due anni l'IPEAA è ferma e dove ha cominciato ha inciampato subito nel contenzioso. Noi abbiamo già trattato una interrogazione e una interpellanza in proposito, devo dire che mi meraviglio molto che praticamente tutto si



sia fermato a semplici risposte fra i consiglieri che hanno fatto le interrogazioni e l'Assessore competente. E' di questi giorni una lettera sul quotidiano Alto Adige che da parte di uno degli interessati comunica che finalmente il cantiere per le Semirurali é agibile. Dopo 8 o 9 mesi finalmente dacché era presumibile che si potesse iniziare l'attività abbiamo ripreso la costruzione delle case Semirurali in base al noto appalto passando la mano ad un'altra ditta. Questo che comporta innanzitutto un aggravio non soltanto nella spesa complessiva ma soprattutto che comporta un aggravio nel ritardo della costruzione, é passato come un episodio di normale amministrazione mentre da parte mia credo sia un episodio da dover a suo tempo essere giudicato con estrema severità soprattutto da chi sempre si picca di essere un cultore della rigidità, della linearità, della correttezza amministrativa. Ci saremmo attesi dalla Giunta tutta, mi dispiace che non ci siano i colleghi italiani di Giunta perché lo dico anche per loro, ci saremmo attesi che in quell'occasione l'intervento della Giunta avesse portato a qualche provvedimento perché incidenti di quel genere non possono essere passati sotto silenzio. Io mi auguro che un bel giorno si faccia il consultivo della spesa di un simile modo di operare che ci porterá poi a certe valutazioni. Il problema di attivare l'Istituto delle Case popolari resta impellente, resta in tutta la sua gravità. Giustamente si dice che se non ci sono soldi non si può fare niente. Stamattina diceva giustamente difendendo le sue posizioni di partner di Giunta l'assessore Pasquali, che non possiamo dimenticare che circa 60 miliardi all'anno della quota variabile in base all'art. 78 vengono destinati all'attività dell'edilizia abitativa agevolata e che c'è un investimento di 150 miliardi all'anno, e non é sufficiente. Io contesto il modo di gestione e il modo di impiego, non contesto che voi spendiate questi soldi, ma non sono sufficienti. Ma allora dove possiamo prenderli? Certamente non possono venire dal cielo come la manna, non possiamo nemmeno sperare nella situazione economica dello Stato che se non vado errato ha qualcosa come 150 mila miliardi di debito pubblico o cose del genere. Il Governo, anche se presieduto da un socialista che questi problemi li sente in modo particolare, non possiamo aspettarci che per la provincia di Bolzano ci vengano elargiti in modo speciale. Bisogna studiare un certo tipo di operazione. Io mi permetto di insistere su una proposta che già fin dalla prima legislatura cui ho avuto l'onore di partecipare avevo sollecitato e che credo sia stata segnalata da altri, sull'operazione riscatto, anche per adempiere ad un obbligo della Costituzione, perché uno degli articoli della Costituzione dice che lo Stato favorisce l'acquisizione in proprietà della casa per il cittadino e credo che nessuno meglio dell'Istituto Case Popolari potrebbe avviare questa operazione. Facciamo dei conti a spanne, io non pretendo di aver inventato l'acqua calda e non pretendo neanche di dare i dati che rappresentino il verbo, ma grosso modo 2000 appartamenti venduti ad una media di 50 milioni l'uno anche al 10% di interesse, consentono l'acquisizione di un complesso di denaro di circa 12 miliardi con i quali si possono attivare

mutui dell'ordine di 150-200 miliardi, che potrebbero essere utilmente investiti per costruire almeno 2500 appartamenti e che sicuramente potrebbero dare un grosso scossone e aprire una grossa breccia in quella situazione soprattutto nei centri maggiori della nostra provincia dove più urge la necessità di costruzione delle case. Detto così può sembrare un espediente buttato lì per lì, bisogna farci mente locale, se però continua a persistere nella Giunta l'opposizione al riscatto delle case così come è stato operato in base alla legge del 1977 se non vado errato e che ha portato ad atti di iniquità e di ingiustizia nei confronti di alcuni cittadini che avevano già avuto da parte dell'INCIS per esempio la certezza di poter acquisire la casa a riscatto che voi avete viceversa negato addirittura richiamandovi a questa legge con retroattività. Questo è avvenuto a Bolzano in una città che farebbe parte di uno Stato che spesso si usa definire "Stato di diritto". Se si mantiene nella Giunta questa opposizione di principio queste possibilità non ci sono e quindi noi continueremo a fare dei bei discorsi ma credo che senza dubbio dovremo sempre concludere che purtroppo il problema della casa è insolubile. Continueremo a lamentarci che ci sono alloggi sfitti che non vengono affittati, che non riusciamo ad ottenere dai proprietari di questi alloggi collaborazione, perché tutti sappiamo che chi investe desidera che il capitale investito sia remunerato almeno fino a che continuiamo ad operare nel sistema di mercato quale è quello in cui siamo inseriti.

Anche qui occorre dire due parole per esempio sul sussidio casa che è una bella cosa. E' un elemento positivo nel quadro delle misure che sono state prese dalla Giunta provinciale, ma ha funzionato poco e già questa mattina lo stesso Assessore Pasquali accennava alcuni difetti che si spera di aver eliminato con l'applicazione delle norme contenute in questa tredicesima variazione delle leggi sull'ordinamento urbanistico e sull'edilizia abitativa agevolata. Anche qui c'è da tenere conto della questione del tetto dei redditi. Si sono usate molte armi in questo settore e io credo che effettivamente sia giusto il ragionamento che dice che contenendo questo reddito in molti casi noi finiamo per rendere assai difficile la possibilità dell'acquisizione di una casa, anche a gente che oggi lavorando in due in famiglia per forza di cose superano certi limiti. Mi si dirà che c'è la legge sul piccolo risparmio che può intervenire, ma anche qui ci troviamo nella stessa difficoltà perché avete proposto di ridurre i mutui da ventennali a quindicennali perché non avete sufficiente denaro. Io devo dire anche che non sono molto d'accordo su questo fatto soprattutto tenendo presente che molti di coloro i quali avevano fatto conto e avevano iniziato operazioni puntando sul mutuo ventennale si ritrovano oggi a dover affrontare difficoltà di reperimento di denaro e difficoltà soprattutto per quanto riguarda i tassi di interesse che ovviamente sono ben diversi e quindi possono essere messi in difficoltà per mantenere proprio quei programmi che si erano proposti.

Certo su questi temi ci possiamo dilungare per ore. Dobbiamo tenere presente anche quella che è la situazione generale. Stamattina sentivo

D'Ambrosio che citava con ragione il progetto di legge presentato dai deputati comunisti in Senato. Anch'io potrei citare un progetto di legge molto circostanziato che è stato presentato nella passata legislatura al Senato dai Senatori del MSI-DN che è stato immediatamente ripresentato e che tende come tanti altri ad affrontare le difficoltà che sussistono per chiudere questo capitolo. Tutti siamo armati della volontà di affrontarlo, bisogna poter anche scegliere. Io credo che qui a Bolzano, non per ripetermi, ma il problema del riscatto potrebbe anche essere utile per risolvere la questione in seno all'Istituto Case Popolari di certe categorie che si vengono a trovare in difficoltà e che sono prossime, quando già non l'hanno ottenuto, allo sfratto, perché si ha un bel dire, e io in questo senso posso anche concordare che chi ha superato un certo tipo di reddito deve lasciare le case popolari perché non sono fatte per loro, però rendiamoci conto che questa gente una volta fuori deve trovare un altro alloggio, che non c'è, perché sappiamo tutti che o si comprano gli alloggi, e ci vogliono fior di milioni, o in affitto è assai difficile poterli ottenere e se si ottengono si ottengono pagando in nero la differenza fra equo canone e affitto effettivo che il proprietario chiede, perché purtroppo è questa la realtà. Non solo ma delle categorie che sono definite come occupanti illecitamente l'appartamento dell'Istituto Case Popolari c'è una fascia non indifferente di situazioni, ci sono lavoratori a reddito fisso, ci sono i pensionati che sicuramente non si possono imbarcare in operazioni di carattere finanziario quindicennale, chi ha più di 60 anni non può mettersi in testa di affrontare la prospettiva di un mutuo con le banche, anche se viene agevolato in base alla legge provinciale con il tasso degli interessi, altri che hanno situazioni non definite e che prima di essere messi alla porta passeranno anni perché sappiamo tutti che avrà corso l'operazione giudiziaria, il Pretore farà passare anni prima di definire, quindi noi non possiamo immaginare che le 3-400 famiglie che si dice debbano essere sfrattate dalle case popolari lascino libero l'appartamento di punto in bianco, perché con quelle persone dovremo fare i conti perché molti di questi saranno sulla strada e non troveranno nessuna possibilità di accasarsi nuovamente.

Poi ci sono anche altre situazioni di estrema sensibilità come quella per esempio dei pensionati che ancora sono nei cosiddetti alloggi di servizio degli ex-ufficiali o le vedove di costoro che sono messi in una situazione doppiamente difficile perché fra il resto non possono neanche usufruire delle prerogative o delle misure a favore della legge per gli sfrattati, anche se mi pare che con questa legge venga modificato l'articolo e non si parla soltanto più di esigenza del locatore ma anche lo sfratto per altri motivi viene preso in considerazione per poter avere la casa dall'istituto case popolari, ma se ho ben capito quelli restano sempre fuori.

C'è il problema dei militari, delle forze di polizia, carabinieri ecc. In questa legge si fa cenno alla deroga del tetto di reddito per quanto riguarda gli impiegati della polizia di Stato non si accenna vice-

versa alle altre categorie. Soprattutto ricordo che tempo fa proprio qui in Consiglio qualcuno della Giunta disse con tono trionfalistico che avevano dato 150 alloggi, poi venimmo a scoprire che erano 150 in 10 anni, suddivisi per le varie forze. Anche questo è un altro grosso problema che dovrebbe meritare non dico attenzione perché di attenzione ne avete posta fin troppa soprattutto nell'eluderlo, ma dovrebbe meritare finalmente di essere affrontato nella sua infierenza.

Per concludere perché nel dibattito articolato mi permetterò di tentare di presentare qualche emendamento per vedere se è possibile trovare qualche modifica, la legge che ci viene presentata, e non me ne voglia l'Assessore Benedikter se anch'io mi aggiungo al coro di quanti protestano per la sua farraginosità e perché troppo spesso le sue leggi comprendono tutto lo scibile umano. Qua dentro c'è un po' di tutto e sarebbe opportuno se si riuscisse a selezionare e ad avere delle leggi semplici, chiare, non voluminose perché altrimenti possono essere lette soltanto da degli specialisti che non è detto proprio si possono trovare tra coloro i quali si intendono di giurisprudenza. Credo che questa legge sia un ennesimo tentativo ma è incompleta ed è carente anche in certi suoi elementi sostanziali. Resta prioritario il fatto di avere da voi, comprendo perfettamente che adesso che siamo alla fine della legislatura ci può essere qualche perplessità, di avere da voi l'assicurazione che il problema del riscatto della casa possa essere accettato e preso in considerazione dalla Giunta provinciale. Ma anche ammesso che si potesse introdurre immediatamente un articolo, cosa che credo sia assai difficile non penso di potervi dare l'assoluzione in toto. Anche voi siete in qualche modo corresponsabili di tutta la situazione generale, non a caso fino a questo governo avete sempre appoggiato tutti i governi nazionali e avete sempre accettato tranquillamente tutte le leggi compresa quella sull'equo canone che ci hanno portato e ci continuano a mantenere in questa situazione, per cui non mi posso, considerando questo nostro rapporto, in linea con tutta la situazione che c'è in campo nazionale, schierare a favore di questo ennesimo disegno di legge.

**ACHMÜLLER (SVP):** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich werde nicht allzu lang sein, ich habe nur in Ergänzung zu dem was die Kollegin Franzelin heute vormittag gesagt hat, einige Detailprobleme noch vorzubringen.

Ich möchte meine Genugtuung über die Vorlage dieses Gesetzentwurfes zum Ausdruck bringen und zwar vor allem deshalb, weil es eine Vereinfachung der baurechtlichen Bestimmungen vorsieht und auch neue Förderungsmaßnahmen mit der Zielsetzung, neue Anreize für die Bauwirtschaft zu bieten. Wir wissen alle, in welcher Situation wir derzeit wirtschaftsmäßig sind und wir wissen alle, daß sich besonders die Bauwirtschaft in Schwierigkeiten befindet. Viele Betriebe haben ihre Belegschaft abbauen müssen aufgrund der Tatsache, daß sie nicht mehr genügend Aufträge haben und einige Firmen haben bereits ihre Baracken abbrechen müssen. Daher liegt es

sicherlich im Interesse der Landesregierung und von uns allen, hier neue Anreize zu bieten in der Hoffnung, daß auch nicht nur neue Wohnungen und neuer Wohnraum geschaffen wird, sondern auch neue Arbeitsplätze. Ich finde es sinnvoll, daß man besonders Maßnahmen ins Auge gefaßt hat, die in erster Linie die Sanierung betreffen. Allerdings muß ich sagen, daß die Gesetzgebung in diesem Bereiche vielleicht noch etwas kompliziert geblieben ist, vielleicht auch bleiben mußte, und daher möchte ich dem zuständigen Landesrat den Rat geben oder bitten, daß man den Beratungsdienst auf diesem Gebiete unbedingt noch intensivieren muß. In Vergangenheit hat man immer gesagt, daß man das nicht könne, weil es schwierig sei, Personal zu finden. Die Schwierigkeit ist heute nicht mehr, wenn ich mir auch bewußt bin, daß das betreffende Personal erst ausgebildet werden muß, aber ich glaube, wenn man einige Maturanten anschreiben würde zu diesem Zwecke und sie meinetwegen einige Wochen lang ausbildet, dann sind sie in der Lage, hier einen Beratungsdienst vorzunehmen. Wenn es auch etwas länger in Anspruch nimmt, sollte er sich nicht von vorneherein dem verschließen. Ich glaube, sicher wäre der eine und andere froh um einen zusätzlichen Arbeitsplatz, wenn man ihn heute schaffen würde.

Was die Sanierung betrifft, ist es recht und billig, daß man vor allem dem Unternehmer den Anreiz schafft, denn ihm gehört das Gebäude auch, d.h. dem Vermieter, daß man ihm den Anreiz bietet, aber ich glaube, man sollte auch die Möglichkeit ins Auge fassen, den Mieter die entsprechende Förderung in Anspruch nehmen zu lassen. Das ist auch anderswo der Fall. In diesem Sinne haben wir uns neulich in einer Aussprache bei Ihnen ausgesprochen, Herr Landesrat, wo auch Vertreter des ASGB und des KVV dabei waren und die wären auch dieser Meinung gewesen. Also, daß auch der Mieter um einen Sanierungsbeitrag im Sinne der Konvention, auch im Sinne der Beiträge der außerordentlichen Instandhaltung oder auch ausschließlich im Sinne der Beiträge der außerordentlichen Instandhaltung ansuchen können, natürlich müssen sie in dem Fall über einen Mietvertrag verfügen, dem man eine bestimmte Dauer auch vorschreiben kann und es ist natürlich immer auch das Einverständnis des Vermieters als Voraussetzung zu sehen.

Was die konventionierte Sanierung betrifft teile ich den Vorschlag von Frau Franzelin, daß man hier einen umgekehrten Weg vorschlagen soll, wie es derzeit im Text vorgesehen ist, nämlich, wo es heißt, daß das Land den Bauunternehmern auf Darlehen, die sie bei der Bodenkreditanstalt aufnehmen, Zinsen zahlt, wobei die Belastung für den Darlehensnehmer 13% beträgt. Es wäre besser, wenn man die Möglichkeit ließe, daß die jeweiligen Unternehmer, die dieses Geld in Anspruch nehmen wollen, sich das Geld selber beschaffen bei irgendeinem Bankinstitut oder auch privat und wobei man ihnen einfach einen fixen Zinsenbeitrag gibt, wenn man auch das derzeit so berechnen kann, daß aufgrund der derzeitigen Kreditsituation die Belastung trotzdem die 13% betragen soll. Aber den umgekehrten Weg deshalb, weil man auf diesem Wege mehr Mittel in Umlauf bekommen könnte d.h. für diesen Zweck, für diese Investition einsetzen könnte, weil man ja weiß, daß es schwierig ist, die Banken dafür zu gewinnen, jeweils die nö-

tigen Obligationen bei der Bodenkreditanstalt zu kaufen oder dort abzunehmen, um die Darlehen sicherzustellen.

Es ist von den Vorrednern auch schon darauf verwiesen worden, daß eine Reduzierung der Darlehensdauer von 20 auf 15 Jahre vorgenommen werden mußte, was ich persönlich bedauere, wenn ich auch die Situation der Banken irgendwie verstehen kann. Wir befinden uns in wirtschaftlich schwierigen Zeiten und deshalb muß jeder schauen wie er über die Runden kommt und sicherlich belasten wir die zukünftigen Landeshaushalte weniger lange, wenn es eben nur auf 15 Jahre geschieht als auf 20 Jahre. Aber für den einzelnen Bauwilligen bzw. für den Darlehensnehmer, dem Kleinsparer bedeutet es eine zusätzliche Belastung, weil sich die jährliche Tilgungsrate ziemlich erhöht, nämlich bei der untersten Einkommensschicht von 5 auf 6,5%, bei der mittleren von 8 auf 10% und bei der höchsten Einkommensstufe von 10 auf 13%. Hier möchte ich vorschlagen, daß man, um den Leuten etwas entgegenzukommen, vielleicht eine Staffelungen vorsieht, in den ersten fünf Jahren 5% Tilgungsrate, in den zweiten fünf Jahren 6,5% und in den letzten fünf Jahren 8%, was dann letztlich auf dasselbe käme und keine zusätzliche Belastung bedeuten würde, dem einzelnen aber geholfen wäre, weil ihm ja die Inflation, die nicht so schnell verschwinden wird, hier entgegenkäme, daß er vielleicht in 10 Jahren die 8% leichter verkraftet oder gleich gut verkraftet wie am Anfang die 5%. Oder daß man es anders vorsieht. Wir wissen, daß die endgültige Abzahlung, die Festsetzung oder der Darlehensvertrag nach den ersten vier Jahren abgeschlossen wird bzw. festgesetzt wird, wieviel die Abzahlungsquote endgültig beim einzelnen beträgt. Also wäre es vielleicht einfacher, anstatt eine dreifache Staffelung vorzunehmen, für die ersten vier Jahre 5% Rückzahlungsquote und dann für die restlichen 11 verbleibenden Jahre einfach durchgehend 7,1%, wobei man bei dieser Berechnung wieder auf den vollen Betrag käme.

Noch ein Problem. Wir wissen, daß man bei Überschreitung eines gewissen Einkommens einer Familie, die eine Sozialwohnung verlassen muß, wir wissen, daß es hier auch zu Härtefällen kommt und es fragt sich, ob man nicht doch ins Auge fassen sollte von denen, die dieses Einkommen übersteigen, einfach den Landesmietzins zu verlangen, wodurch sich dann das Land gegenüber dem einzelnen schadloos halten kann, weil der Landesmietzins eine Verzinsung vorsieht, die interessant ist, eine Verzinsung, die nicht auf Defizit hinausläuft. Und wenn kostendeckend gezahlt wird, dann könnte man eigentlich nicht mehr allzuviel dagegen haben, daß die weiterhin drinnen bleiben, aber es stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, ob darin die eigentliche Zielsetzung oder die grundsätzliche Zielsetzung des Institutes besteht. Das Institut ist ja dafür zuständig, Familien, die in finanziellen Schwierigkeiten sind, eine Wohnung zu bieten. Und solange die Leute Wohnungen noch besetzen, die dieses Einkommen überschreiten, werden die Wohnungen nicht frei. Sicherlich könnte man sagen, mit dem Geld, was die anderen zahlen, kann das Institut wieder neue Wohnungen bauen und hier würde ich sagen, insgesamt gesehen würde diese Lö-

sung weniger dramatisch sein. Wenn kostendeckend gezahlt würde, dann wären wieder neue Mittel da um Wohnungen zu bauen, für diejenigen, die heute nicht hineinkommen können.

Darauf möchte ich gar nicht bestehen, nur einen Detailfall, um das Ganze etwas zu entschärfen, auch aufzeigen, nämlich, wir wissen heute alle, wie die Situation der Lehrlinge ist. Wir wissen, daß es seitens der Unternehmer schwierig geworden ist, Lehrlinge aufzunehmen und leider Gottes in manchen Fällen so ist, daß der Lehrling wohl noch aufgenommen wird, aber der jeweilige Meister dem Lehrling nicht den Lohn zahlt, den er ihm laut Kollektivvertrag zahlen müßte, der Lehrling aber dem Meister unterschreiben muß, wie wenn er den vollen Lohn erhalten hätte. Nun scheint dieser volle Lohn im Familieneinkommen auf und es trifft oft bei Familien zu, die meinetwegen zwei oder drei Kinder gerade in diesem Alter haben, von der Pflichtschule bis zur Erreichung der Volljährigkeit, daß das Einkommen dieser Kinder aufscheint und das ganze Familieneinkommen nach oben drückt. Nun wäre es meines Erachtens ungerecht, daß man dieses Einkommen mit einberechnet vor allem in jenem Sinn, in dem Sinn, daß die Familie aufgrund dieses höheren Einkommens die Wohnung dann verlassen muß, weil ja diese Einkommensfestsetzung sich auf eine Situation bezieht, die nicht eine andauernde ist, sondern nur zwei oder drei Jahre lang dauert. Nun können wir nicht ins Gesetz hineinschreiben, daß das nur bei Lehrlingen gewährt wird, weil es auch sogar ein zusätzlicher Anreiz sein könnte noch für diejenigen, die den Lehrlingen nicht den vollen Lohn auszahlen, zu sagen, wenn man der Landesgesetzgebung da noch entgegenkommt, dann sieht man ein, daß man im Grunde recht hat. Das möchte man natürlich nicht, aber deswegen würde ich das Ganze nur darauf beziehen, nicht auf die Festsetzung der Miete, sondern nur für den Fall, daß die betreffende Familie, die noch minderjährige Kinder hat, die noch verdienen und das Höchsteinkommen überschreiten, nicht aus der Wohnung hinausmuß, in dem Fall. Zum anderen jedoch auch, sollte man es für die endgültige Berechnung der Abzahlungsquote bei Kleinsparern mit einbeziehen. Auch dafür schiene mir es richtig zu sein, daß man einer Familie nicht, für eine Familie, die zwei oder drei Jahre in der Situation ist, nicht die Last aufbürden soll für die restlichen 12 oder 15 Jahre, die Abzahlungsquote anzurechnen aufgrund des Einkommens, das sie zufällig in diesen zwei drei Jahren hat, weil danach diese Situation nicht mehr gegeben ist. Wir wissen ja, daß aufgrund der heutigen Gesetzgebung es ja so ist, daß bei volljährigen Kindern ab dem 18. Lebensjahr das Einkommen sowieso nicht mehr mit einberechnet wird. Infolgedessen schiene es richtig zu sein, daß auch das Einkommen vor Erreichen des 18. Lebensjahres, also bei minderjährigen Kindern zu diesem Zwecke zumindest nicht mit einberechnet wird.

Der Landesrat Benedikter hat uns diesbezüglich auch sein Entgegenkommen gezeigt und ich hoffe, daß dies da dann auch in einer entsprechenden Änderung seinen Niederschlag findet, noch in den nächsten Tagen. Damit bin ich auch schon am Ende meiner Ausführungen. Ich möchte nur noch sagen, daß die Ereignisse, die sich am 1. Juni zugetragen haben, sich

nicht wiederholen sollten. Das hat uns sicher allen sehr, ich möchte sagen, es hat uns nicht gefallen, es hat uns allen weh getan, wenn die Leute draußen in so erniedrigender Form haben anstehen müssen und daß es irgendwie auf den Raub hinausgegangen ist, wenn ich mir auch bewußt bin, warum es dazu gekommen ist und warum es dazu kommen mußte, nämlich aufgrund der Unterbrechung. Wir haben die laufende Zulassung unterbrechen müssen. Warum? Weil im Landeshaushalt nicht mehr genügend Mittel vorhanden waren und das sehe ich auch ein. Es ist damals sehr viel kritisiert worden über die laufende Zulassung. Das System ist schuld, daß es überhaupt zu diesem Vorfall gekommen ist. Ich möchte dem widersprechen und auch damit sagen oder den Wunsch zum Ausdruck bringen, daß das System der laufenden Zulassung nicht abgeschafft werden soll, wird es auch nicht mit diesem Gesetz aber auch in Zukunft nicht, denn es ist immer gut, wenn man das Kind nicht mit dem Bade ausschüttet, denn man muß bedenken, das System der laufenden Zulassung hat seine Vorteile und auch die Kollegin Franzelin hat es heute bereits unterstrichen, denn es ist doch positiv zu vermerken, daß von den tausend oder elfhundert Gesuchen, die eingereicht worden sind, jetzt seit dem 1. Juni bereits 500 positiv erledigt sind und die 500 bald schon wissen werden, ob sie zukommen oder nicht. Und das ist sicherlich eine Leistung, eine Leistung auch seitens des Amtes, wofür ihm der Dank von uns allen gebührt; aber daß dies so schnell geschehen kann ist nur aufgrund der laufenden Zulassung möglich. Wünschen wir uns nicht mehr die Zeit zurück, die wir schon einmal hatten, wo es den Termin gegeben hat, wo angesucht worden ist aufgrund des Punktesystems, derjenige drangekommen ist, der mehr Punkte hatte und dann der Termin wieder abgeschlossen worden ist. Sicher, wenn man es nur oberflächlich betrachtet, dann müßte man meinen, es ist gerechter, es soll der zukommen, der mehr Punkte hat. Aber ich frage Sie, ist es gerecht, daß dann vielleicht derjenige mit seinen 38 Punkten oder mit 35 Punkten zur Gemeinde hinget und sagt, ich bin beim Land durchgekommen, ich habe meine Förderung und die Gemeinde ihm dann sagen muß, wir haben keinen Grund oder zu wenig Grund. Meinetwegen, es können auch 10 kommen oder 15 kommen, die Situation von Gemeinde zu Gemeinde ist verschieden. Was dann passiert wissen wir ja, die ewigen Wartezeiten, ein Grund muß erst ausgewiesen werden und es ist der ganze bürokratische Weg zu gehen, so daß die zwei Jahre vergehen, vielleicht bis der einzelne anfangen kann zu bauen und inzwischen bleibt das Geld liegen. Bei der Inflation, die wir haben, ist es nicht richtig, daß wir uns das leisten. Deswegen ist das Prinzip der laufenden Zulassung an und für sich zu verteidigen, zu verteidigen natürlich nur so lange als diejenigen, die ansuchen, auch tatsächlich zukommen. Nun, sicher aufgrund der Unterbrechung hat es den Ansturm gegeben mit den Vorfällen draußen, usw. und da komme ich zurück auf das, was ich vorhin gesagt habe, das darf sich nicht wiederholen. Deswegen kann ich mir nicht vorstellen, daß man noch einmal den Termin einfach zumachen kann, um dann zu einem späteren Zeitpunkt wieder zu eröffnen. Das können wir uns nicht mehr leisten. Wenn wir merken sollten, daß die Ansuchen die Kapazitäten des Landeshaus-



halten übersteigen, dann müssen wir frühzeitig Maßnahmen setzen, damit es nicht wieder zu einer Schließung kommen muß, sondern frühzeitig eine Anpassung im Punktesystem etwa vornehmen, so daß man sich auf die neue Situation anpaßt. Wenn man dann merkt, daß es der neuen Situation in etwa entspricht, man kann sich ja etwas danach regulieren und man braucht ja nicht alle laufend zuzulassen. Man kann vielleicht die Latte etwas höher setzen und für die zusätzlichen Mittel, die übrigbleiben, sieht man dann die Rangordnung vor. Dann weiß der einzelne aber von vorneherein, unter diesen Bedingungen, mit diesen Punkten komme ich dazu und zwar laufend, und wenn ich diese Bedingungen nicht habe, dann muß ich ansuchen auf die Rangliste. Das haben wir in diesem Gesetz noch nicht vorgenommen, das wird Aufgabe sein in der neuen Legislatur, aber wir werden wahrscheinlich nicht umhin kommen und in dem Sinn möchte ich abschließen.

Ich möchte die bisherigen Leistungen auf dem Gebiete des sozialen Wohnungsbaues anerkennen. Ich glaube, daß der laufenden Legislatur sehr viel geschehen ist, wenn man es insgesamt hernimmt. Wir haben doch fast keine Gemeinde mehr im Land, wo nicht soziale Wohnungen gebaut worden wären seitens des Institutes bzw. Genossenschaften. Wenn man heute landauf landab fährt, überall sehen wir, daß sich etwas getan hat, daß etwas geschehen ist. Und wie gesagt, auch der Landesrat hat es unterstrichen, die 150 Milliarden im diesjährigen Haushalt sind auch Beweis dafür, daß die Landesregierung ein Gespür hat, daß es auf diesem Gebiete noch große Lücken gibt, daß es noch Wohnungsnot gibt, daß man im verstärkten Maße weiterarbeiten muß oder solange unvermindert weiterarbeiten muß, daß man auch jenen Familien, die noch in unwürdigen Verhältnissen wohnen, bzw. die noch kein eigenes Dach über dem Kopf haben, hilft, daß auch sie zu einer Wohnung kommen. Das, glaube ich, ist ein Grundrecht des Bürgers. Und in diesem Sinne ist uns aufgetragen weiterzuarbeiten.

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

GIUSEPPE SFONDRINI

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

**PRESIDENTE:** Io vorrei parlare in discussione generale ma manca il vicepresidente per presiedere la seduta. Potrei rinunciare, ma ci sono altri consiglieri che vorrebbero parlare per la seconda volta, quindi chiudo la seduta.

La seduta é tolta.

ORE 17.10 UHR